

GEMEINWESENARBEIT UND SOZIALER ZUSAMMENHALT IN HESSEN

Wie das Zusammenspiel von Städtebauförderung
und Gemeinwesenarbeit gelingt





Inhalt

Einleitung	5
Gemeinwesenarbeit und Sozialer Zusammenhalt: Ursprünge und Perspektiven	6
Das Programm Sozialer Zusammenhalt als Impulsgeber für die nachhaltige Stadtentwicklung	11
Das Förderprogramm Gemeinwesenarbeit – Eine Standortbestimmung	15
Gemeinwesenarbeit und Sozialer Zusammenhalt: Einsatz der beiden Förderprogramme in Hessen	18
Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadt	19
Praxisbeispiel Bürstadt: Allparteilichkeit und Parteilichkeit in Interaktion für eine integrierte Stadtentwicklung	22
Praxisbeispiel Fulda: Impulse der Gemeinwesenarbeit und Investitionen des Sozialen Zusammenhalts verbinden	24
Praxisbeispiel Neustadt: Herausforderungen von unterschiedlichen Seiten angehen und partizipativ bearbeiten	26
Sozialer Zusammenhalt in und als Gemeinwesenarbeit: Eine sozialwissenschaftliche Perspektive	28
Wie schafft Hessen Voraussetzungen, um integrierte Quartiers- entwicklung in benachteiligten Quartieren zu ermöglichen?	30
Das Zusammenspiel der beiden Förderprogramme: Vorteile, Gelingensfaktoren und Verbesserungspotenziale	33
Literatur und Quellen, Impressum	38

Einleitung

Die soziale Stadtteilentwicklung, im Speziellen die Gemeinwesenarbeit in benachteiligten Stadtteilen, hat in Hessen eine jahrzehntelange Tradition. Aktuell wird die Gemeinwesenarbeit in hessischen Kommunen seit 2015 durch ein Förderprogramm mit finanziellen Mitteln ausgestattet, das so in keinem weiteren Bundesland existiert oder umgesetzt wird. Auch das städtebauliche Bund-Länder-Programm „Sozialer Zusammenhalt“ (bis 2020 „Soziale Stadt“), das 2019 sein 20-jähriges Jubiläum feierte, hat seine Vorläufer u.a. in Hessen, wo Land und Kommunen schon vor 1999 auf ein integriertes Vorgehen in der sozialen Stadtteilentwicklung setzten und damit Erfahrungen aus der Tradition der Gemeinwesenarbeit aufgriffen.

In 35 Quartieren in Hessen setzen Kommunen das Förderprogramm „Gemeinwesenarbeit“ und das Förderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ zeitgleich oder aufeinanderfolgend ein. Dies ist als erster Schritt eine sinnvolle strategische Vorgehensweise, um vielfach benachteiligte Stadtteile umfassend zu unterstützen. Welchen Weg die städtebauliche Entwicklung und die Gemeinwesenarbeit dann gehen, hängt stark davon ab, inwiefern die beteiligten Akteur:innen nach der Förderzusage beide Programme auch strategisch zusammendenken und verknüpfen.

Hier sind in hohem Maße die Kommunen selbst gefragt. Sie müssen das Potenzial ausschöpfen, das ihnen die Kombination der Förderprogramme der Städtebauförderung und der Gemeinwesenarbeit bieten. Wie ihnen das aktuell gelingt und welche Herausforderungen dabei zu bewältigen sind, damit setzten sich Vertreter:innen von geförderten Kommunen und von beteiligten Trägern sowie Mitarbeitende der beiden zuständigen Landesministerien auseinander. Den Rahmen hierfür bot die Transferwerkstatt „Sozialer Zusammenhalt und Gemeinwesenarbeit in Hessen. Wie das Zusammenspiel von Städtebauförderung und Gemeinwesenarbeit gelingt“, die am 1. Juni 2022 in Neustadt (Hessen) stattfand.

Die vorliegende Broschüre greift die zentralen Gedanken zum Gelingen einer Verzahnung der beiden Förderprogramme auf. Neben dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen und dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration teilen Akteur:innen aus Wissenschaft und Praxis ihre Erkenntnisse zur Umsetzung der Förderprogramme. Zuvor werden Ursprünge und Perspektiven von Gemeinwesenarbeit und Städtebauförderung zusammengefasst. Praxisbeispiele für eine gelungene Zusammenarbeit beider Förderprogramme bieten anderen Kommunen Inspiration und sollen vor Ort als Vorbild für eine erfolgreiche soziale Stadtteilentwicklung durch ein gelingendes Zusammenwirken der beiden Förderprogramme dienen.



Im Rahmen der Transferwerkstatt „Sozialer Zusammenhalt und Gemeinwesenarbeit in Hessen“ am 1. Juni 2022 entstand dieses Graphic Recording, das zentrale Thesen der Veranstaltung zusammengefasst darstellt. In der Broschüre werden Ausschnitte des Graphic Recordings zur Veranschaulichung der Themen verwendet.

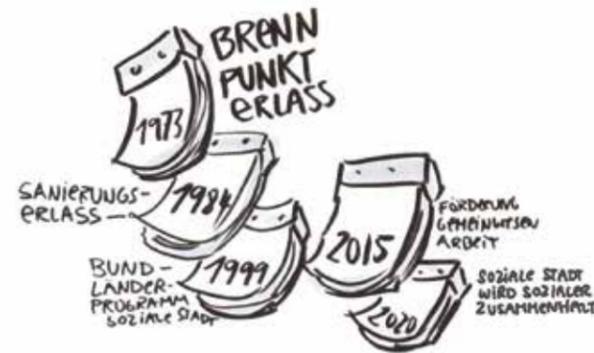
Gemeinwesenarbeit und Sozialer Zusammenhalt: Ursprünge und Perspektiven



Gemeinwesenarbeit, als ein Konzept Sozialer Arbeit, fand ihre Anfänge in der sogenannten Settlement-Bewegung aus England (Toynbee Hall, London) und den USA (Hull House, Chicago) in den 1880er Jahren. Damals zogen höher gebildete Menschen in klassische Armen- und Arbeiter:innenquartiere, um sich mit den dort lebenden Menschen gemeinsam für strukturelle Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen einzusetzen.

Dieser Ansatz wurde in Hessen insbesondere in den 1960 und -70er Jahren von der Studierendenbewegung aufgegriffen. Nach einer Politik der sozial-räumlichen Ausgrenzung gab es zu dieser Zeit viele (Obdachlosen-)Quartiere, in denen die Lebens- und Wohnverhältnisse schlecht und entwicklungs-hemmend waren. Erste Initiativen, die sich auf den Ansatz der Gemeinwesenarbeit bezogen, entstanden in den Siedlungen. 1973 nahm sich auch das Hessische Sozialministerium dieser Thematik an und förderte bis 2003 mit dem „Brennpunkt-Erlass - Hilfen für Obdachlose, Grundsätze zur Verbesserung der Lage der Obdachlosen in Hessen“ u.a. Angebote der Gemeinwesenarbeit in „sozialen Brennpunkten“.

Diese Zeit begünstigte einerseits die Entwicklung der Gemeinwesenarbeit in Hessen - viele positive Erfahrungen konnten gesammelt werden und Ansätze wie Lebensweltorientierung, Empowerment und Beteiligung fanden zunehmend Anwendung, andererseits verschärften sich zeitgleich die Problemlagen in den Städten und Gemeinden. Die damit einhergehenden sozialen Probleme verteilten sich nicht gleichmäßig über die Stadtgebiete, sondern konzentrierten sich in Abhängigkeit von Bodenwerten, Mietniveaus, Milieus und Images räumlich (vgl. Becker/Löhr 2002). Es entstanden stigmatisierte „soziale Brennpunkte“, die von einer Vernachlässigung des öffentlichen Raums, Leerstand, Drogenproblemen, Gewaltbereitschaft und Vandalismus geprägt waren (vgl. Döhne/Walter 1999).



Die Stadtentwicklungspolitik stand vor der Herausforderung neue Strategien zu entwickeln, die über die damals klassische Städtebauförderung mit ihrem primär baulichen Ansatz hinausgehen, um die komplexen Problemlagen in den Quartieren adäquat angehen zu können. U.a. in Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Hessen reagierten die Landesregierungen mit ersten integrierten Städtebauförderprogrammen. Dieser integrierte Handlungsansatz wurde mit dem Programm „Soziale Stadt“ im Jahr 1999 dann auch auf Bundesebene aufgegriffen.

Im Vordergrund dieses innovativen Ansatzes stand die Bündelung aller verfügbaren Ressourcen und Kompetenzen, um an der Lösung komplexer und multidimensionaler Probleme in benachteiligten Stadtteilen arbeiten zu können.

Die positiven Erfahrungen mit dem Ansatz der Gemeinwesenarbeit und die Erkenntnis, dass eine bauliche Aufwertung nachhaltig nur flankiert durch sozial-integrative Maßnahmen gelingen kann, spielten dabei zwar eine zentrale Rolle, letztendlich fand Gemeinwesenarbeit allerdings nur indirekt Eingang in das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt, indem Elemente wie das Empowerment sowie die Aktivierung und Beteiligung der Quartiersbevölkerung zu zentralen Elementen des „Quartiersmanagements“ wurden.

Vor diesem Hintergrund sprechen kritische Stimmen von einer „Übernahme“ von Gemeinwesenarbeit durch Konzepte, „die ökonomischer, kontrollierter, ja irgendwie zahmer“ (Halder 2011) seien. Andere sind wiederum der Meinung, dass es nicht reiche, „mittels Wörterbuch das Quartiersmanagement zu diskreditieren und die (Berliner) Gemeinwesenarbeit als bewährt und zukunftsorientiert in den Himmel zu loben“ (Altena 2001). Das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit und das Stadtteilentwicklungsprogramm seien kompatibel und mit ihm sei einer zentralen Forderung von Gemeinwesenarbeit nach einer größeren finanziellen Unterstützung benachteiligter Wohngebiete nachgekommen worden. Nun müsse sich die Gemeinwesenarbeit dieser neuen Situation stellen und sich mit ihren Talenten und Instrumenten einbringen. Die Rolle des Zaungastes stehe ihr nicht (zu) (vgl. ebd.).

In der hessischen Ausgestaltung des Programms Soziale Stadt war die Gemeinwesenarbeit von vornherein stärker verankert als auf Bundesebene.

So wird Gemeinwesenarbeit als Beispiel für investitions-vorbereitende und investitionsbegleitende Maßnahmen in den Leitlinien zur hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt aus dem Jahr 2000 aufgeführt (vgl. HMWVL 2000).

Auf Bundesebene widmete sich die Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V. diesem Thema im Berliner Memorandum von 2009: „Mit dem Berliner Memorandum sollen Brücken gebildet werden zwischen den Diskursen zur Stadtentwicklungspolitik und zur Gemeinwesenarbeit vor Ort“ (BAG 2009, S. 15). Mit dem Programm Soziale Stadt sei eine Aufwertung von Gemeinwesenarbeit eingeleitet worden, die dem Begriff, der bisher mit negativen Assoziationen besetzt war, einen neuen Klang geben könne (vgl. ebd., S.4-5). Das Memorandum stellt den Wert der Gemeinwesenarbeit für das Programm Soziale Stadt deutlich heraus: „Aktive Einbindung und Engagement der Bürgerschaft in den Programmgebieten der Sozialen Stadt sind wichtig für den Zusammenhalt und eine langfristige Perspektive für die Stadtteile. Eine Voraussetzung dafür ist, dass das Selbstbewusstsein in den Stadtteilen gestärkt wird. Dafür hat Gemeinwesenarbeit geeignete Handlungsstrategien anzubieten. [...] Gemeinwesenarbeit bringt ihre besondere Kompetenz im Umgang mit benachteiligten Gruppen und in der Netzwerkarbeit ein. Sie fördert Vertrauen, Anerkennung und Wertschätzung gegenüber solchen Menschen im Gemeinwesen, denen häufig nichts zugetraut wird und die sich selbst wenig zutrauen. Sie fördert den Aufbau von Selbstbewusstsein und erschließt die Ressourcen der Benachteiligten, denn alle können etwas!“ (ebd., S.12-17). Gleichzeitig sind sich die Autor:innen einig, dass Gemeinwesenarbeit mit ihren Kernkompetenzen eine Daueraufgabe sei und daher unabhängig vom Programm Soziale Stadt institutionell abgesichert werden sollte: „Sie ist aus

der oftmals bestehenden Projektförderung in Regelfinanzierung zu überführen“ (ebd., S.13). Während inzwischen die wichtige Rolle der Gemeinwesenarbeit im Quartiersmanagement auch auf Bundesebene formuliert wird (vgl. BMUB 2016, S.10), ist die Finanzierung noch immer auf einen projekt- und angebotsbezogenen Finanzierungsmix (vgl. BBSR 2020, S.46) angewiesen. Denn die Handlungsansätze der Gemeinwesenarbeit gehen weit über die Möglichkeiten der Förderfähigkeit für das Quartiersmanagement im Programm Sozialer Zusammenhalt hinaus, da ausschließlich Aktivitäten förderfähig sind, die sich direkt oder indirekt auf städtebauliche Investitionen beziehen, also sogenannte investitionsvorbereitende oder -begleitende Maßnahmen.

Hier liegt ein zentraler Kritikpunkt begründet, der dem Städtebauförderprogramm seit Anbeginn vorgeworfen wird: „Es handele sich im Grunde nur um eine Aufstockung der fast ausschließlich investiv orientierten Städtebauförderung, mit der soziale und ökonomische Probleme gerade nicht zu bewältigen seien“ (Becker/Löhr 2002). Allerdings ist die Programmstrategie dem Grundsatz nach „auf ressortübergreifende Zusammenarbeit und sozialraumorientierte Bündelung mit Programmen aus anderen Politikbereichen auf EU-, Bundes-, Landes- und Gemeindeebene angelegt. Ziel ist es, Synergieeffekte zu nutzen, da die Städtebaufördermittel allein nicht alle Maßnahmen des integrierten Handlungsansatzes abdecken können“ (BMI 2021).

Jedoch wurde bereits früh die Erfahrung gemacht, dass es schwerer fällt als gedacht, diese Form der fachübergreifenden Zusammenarbeit auf kommunaler wie auch auf Landes- und Bundesebene in allen erforderlichen Politikfeldern zu verankern. Aus diesem Grund wurden bereits einige Versuche unternommen, die Idee des integrierten Vorgehens und die Akquise weiterer Finanzhilfen für benachteiligte Quartiere zu stärken (vgl. BMI 2019, S. 9, 14-15).

Insbesondere in die bundesweiten Modellvorhaben von 2006 bis 2010, die in Hessen über ein Ausschreibungsverfahren unter dem Titel „HEGISS-Innovationen“ umgesetzt wurden, setzte man große Hoffnungen. In der Publikation „20 Jahre Soziale Stadt“ wird diesbezüglich allerdings eine nüchterne Bilanz gezogen: „Die Modellvorhaben stießen bei den Kommunen auf eine überwiegend positive Resonanz – wie auch das gesamte Programm sich zehn Jahre nach seiner Einführung auf allen Politikerebenen etabliert hatte. Im Gegenzug nahm jedoch die fachliche Verantwortung anderer Fachressorts ab“ (ebd., S. 14-15).



Seit 2016 bemüht sich der Bund mit der ressortübergreifenden Strategie „Nachbarschaften stärken. Miteinander im Quartier“ zusätzliche Fördermittel anderer Ressorts für nicht-investive Maßnahmen im sozial-integrativen Bereich in Gebieten mit erhöhtem Integrationsaufwand zu bündeln (vgl. BMI 2016).

Allerdings gibt es auch in Stadtteilen außerhalb der Förderkulissen der Städtebauförderung einen Bedarf an Gemeinwesenarbeit und nach Auslaufen der Städtebauförderung bleibt insbesondere der Bedarf an Gemeinwesenarbeit in den ehemaligen Fördergebieten überwiegend bestehen: „Bisherige Erfahrungen und die Evaluation zeigen, dass das Programm Soziale Stadt bei der Beseitigung der wohnungs- und städtebaulichen Missstände sehr gute Arbeit leistet, dies aber teilweise nicht ausreicht, um die Lebenssituation in den Soziale

Stadt-Gebieten nachhaltig zu verbessern. Für viele Bewohnerinnen und Bewohner wird die Lebensqualität nach wie vor durch soziale und ökonomische Ausgrenzung eingeschränkt. Zur Beseitigung von Ausgrenzung existieren zwar einzelfallbezogene Hilfesysteme, die teilweise sozialraumorientiert arbeiten und zielgruppenübergreifend handeln, eine vom Einzelfall unabhängige Gemeinwesenarbeit ist aber nicht zur Regelstruktur geworden“ (BMWSB).

Aus diesem Grund hat sich bundesweit und auch in Hessen eine vielfältige Landschaft an Finanzierungsformen für Gemeinwesenarbeit entwickelt. Kommunen haben eigene Förderstränge, soziale Träger und u.a. Wohnungsbaugesellschaften finanzieren hessenweit Gemeinwesenarbeit in Quartieren mit besonderem Unterstützungsbedarf. Allerdings kann dies den Bedarf nicht decken. Insbesondere die Förderung von nicht-investiven Maßnahmen im Sinne der Gemeinwesenarbeit durch Bund und Land war seit der Streichung des Modellvorhabens „HEGISS-Innovationen“ eine zentrale Forderung, u.a. des Bündnisses für eine Soziale Stadt in Hessen und der LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.

Mit der Einführung des Landesprogramms zur Förderung von Gemeinwesenarbeit in Stadtteilen/ Quartieren mit besonderen sozialen und integrationspolitischen Herausforderungen durch das Hessische Ministerium für Soziales und Integration kam das Land Hessen dieser Forderung im Jahr 2015 nach und nahm damit eine Vorreiterrolle ein^[1].

Durch die Einführung des Förderprogramms gibt es seit 2003 erstmalig wieder eine Förderung von Gemeinwesenarbeit durch das Land Hessen.

Gefördert werden Maßnahmen der Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit, die zur Überwindung sozialer Problemlagen beziehungsweise zur Bearbeitung der besonderen sozialen und integrationspolitischen

Herausforderungen in ausgewählten Stadtteilen/ Quartieren einen wesentlichen Beitrag leisten.

Die erste Förderrichtlinie umfasste die Jahre 2015 bis 2019. Während zunächst 1,5 Mio. Euro pro Jahr vorgesehen waren, stieg die jährliche Fördersumme bis 2019 auf 4,5 Mio. Euro an und in über 50 Kommunen konnte Gemeinwesenarbeit aus- oder komplett neu aufgebaut werden. Da das Förderprogramm, trotz der langen hessischen Tradition, für viele kommunale Mitarbeitenden der erste Berührungspunkt mit Gemeinwesenarbeit ist, war die Vermittlung des spezifischen Profils der Gemeinwesenarbeit von Beginn an ein großes Anliegen. Insbesondere die Entwicklung der „Qualitätsstandards für Gemeinwesenarbeit in Hessen - Aus der Praxis, für die Praxis“ 2019 war dabei zentral. Zur ersten Förderperiode zogen die programmteilnehmenden Akteur:innen auf der Bilanzierungsveranstaltung am 15. Juni 2019 ein positives Fazit. Nach einer Gesamtevaluation erschien die überarbeitete Förderrichtlinie mit einer Laufzeit von 2020 bis 2026.

Inzwischen liegt die jährliche Fördersumme bei über 6 Mio. Euro. Damit wird in 72 Kommunen mit 95 Quartieren Gemeinwesenarbeit aus- oder aufgebaut. Darüber hinaus bietet das Land Hessen seit 2022 in Kooperation mit den Hochschulen Fulda und Rhein-Main hauptamtlichen Fachkräften der Gemeinwesenarbeit eine umfassende berufsbegleitende Weiterbildung an und trägt damit zur Weiterentwicklung, Profilschärfung und Qualifizierung der Gemeinwesenarbeit in Hessen bei. Damit wird der wichtigen Rolle, die Gemeinwesenarbeit seit den 1960er Jahren bei der Verbesserung von Lebensverhältnissen in Quartieren mit besonderem Unterstützungsbedarf in Hessen spielte, Rechnung getragen. Diese Steuerung durch das Land ist elementar – sowohl für die Weiterentwicklung und –verbreitung des Ansatzes der Gemeinwesenarbeit als auch für die Förderung der Quartiere mit Unterstützungsbedarf und die Teilhabe der dort lebenden Menschen.

[1] Auch in Niedersachsen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gibt es mittlerweile ähnliche, wenn auch nicht ansatzweise so gut ausgestattete Förderstränge.

Das Programm Sozialer Zusammenhalt als Impulsgeber für die nachhaltige Stadtentwicklung

Dr. Ina Mahnkopp, stellvertretende Referatsleiterin Städtebau und Städtebauförderung im Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen



Die Stadtentwicklung in Hessen zielt auf eine nachhaltige und integrierte Entwicklung aller hessischen Städte und Gemeinden als Orte zum Leben, Wohnen, Arbeiten und Erholen. Neben dem demografischen und wirtschaftsstrukturellen Wandel stehen die Kommunen heute mehr denn je vor der Aufgabe, die Herausforderung des Klimawandels, des Rückgangs der Biodiversität und die Folgen der gesellschaftlichen bzw. sozialen Veränderungen zu bewältigen. Nachhaltige Stadtentwicklungspolitik in Hessen will die wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten einer Kommune verbessern, soziale Nachteile ausgleichen, die natürlichen Lebensgrundlagen in der gebauten Umwelt schützen und stärken und (nicht zuletzt) das baukulturelle Erbe bewahren. Sie versteht sich als Gemeinschaftsinitiative, die den privaten, den zivilgesellschaftlichen und den öffentlichen Sektor zusammenführt.

Den bisherigen und neuen Anforderungen gerecht zu werden und somit die Zukunftsfähigkeit der Städte und Gemeinden zu sichern, ist keine leichte Aufgabe.

Mit einer Reihe von Programmen und Initiativen unterstützt das Land Hessen die Kommunen bei der Entwicklung und dem Erhalt der örtlichen, teils historischen Strukturen. Zu diesen zählen neben reinen Landesmitteln auch die Bundesländer-Programme der Städtebauförderung: „Sozialer Zusammenhalt“, „Lebendige Zentren“ und „Wachstum und Nachhaltige Erneuerung“.

In Summe umfassen die drei Programme in Hessen im Jahr 2022 rund 99 Mio. Euro, wovon 25 Mio. Euro auf die derzeit 32 Standorte des Sozialen Zusammenhalts entfallen. Die Programme zeichnen sich dadurch aus, dass sie keine Einzelprojekte fördern, sondern ganze Fördergebiete über einen längeren Zeitraum nachhaltig städtebaulich entwickeln. Die Strategien und Maßnahmen der Städtebauförderprogramme werden den Bedingungen des jeweiligen Quartiers angepasst.

Mit der Transferwerkstatt „Sozialer Zusammenhalt und Gemeinwesenarbeit“ in Neustadt bestand unter anderem die Möglichkeit, die Ziele und Wirkungseffekte eines dieser drei Programme, nämlich des Sozialen Zusammenhalts, näher zu beleuchten. Gegenwärtig zeigen die Folgen der kriegerischen Bedrohung in der Ukraine einmal mehr, wie wichtig der Einsatz für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist. Das Wirtschaftsministerium leistet deshalb mit der Bereitstellung der Städtebaufördermittel hierzu einen wesentlichen Beitrag.

Mit der Einführung des Programms Soziale Stadt im Jahr 1999 – so lautete der Name des Förderprogramms Sozialer Zusammenhalt bis zum Jahr 2020 – wurde die Strategie, verschiedenste Handlungsfelder zur Entwicklung eines Quartiers miteinander zu verknüpfen, erstmals für alle Förderstandorte verpflichtend eingeführt. Eines der zentralen Handlungsfelder ist die städtebauliche Stabilisierung und Entwicklung, zu dem insbesondere die Themen Wohnen, Wohnumfeld, Soziale Infrastruktur, Verkehr sowie Klimaschutz und Klimaanpassung gehören. Die Planungen und Umsetzungen von Klimamaßnahmen sind dabei zwingend mit dem Thema Umweltgerechtigkeit verbunden. Ergänzend sind eine Reihe von weiteren Handlungsfeldern in den Blick zu nehmen.

Hierzu gehören

- die Aktivierung und Beteiligung der örtlichen Akteur:innen,
- die Verbesserung des Stadtteilimages und eine Öffentlichkeitsarbeit, die alle Beteiligten und Betroffenen mitnimmt,
- die Bildung der Quartiersbevölkerung,
- das nachbarschaftliche Zusammenleben,
- die Lokale Ökonomie und Beschäftigung,
- die Gesundheit der im Quartier lebenden Menschen,
- Kultur, Freizeit und Sport sowie
- Maßnahmen zur Kriminalprävention und die Sicherheit im Quartier.

Erste Erfolge des Programms Soziale Stadt haben gezeigt, dass die Verknüpfung der vielfältigen Handlungsfelder, die ein Fördergebiet beeinflussen können, den entscheidenden Schritt für die nachhaltige Stadtentwicklung darstellen. Diese Erkenntnisse wurden für die gesamte Städtebauförderung übernommen und der integrierte Ansatz wurde als Grundprinzip aller Förderprogramme eingeführt. Dabei bedarf es zum einen Anpassungen an die jeweilige inhaltliche Ausrichtung der Programme und zum anderen einer stetigen Weiterentwicklung entsprechend der aktuellen Anforderungen und Herausforderungen.

Die Programmgebiete des Sozialen Zusammenhalts stehen einer Vielzahl an sozialen und städtebaulichen Herausforderungen gegenüber. Das Programm unterstützt die Kommunen daher z. B. bei der Herstellung von Gemeinbedarfseinrichtungen wie Familienzentren, Kinder- und Jugendbetreuungseinrichtungen und Beratungszentren. Um die Aufenthaltsqualität und die Freizeitgestaltung für die Menschen im Quartier zu verbessern, können Fördermittel des Programms auch bei der Herstellung von Grün-, Sport-, Spiel- und vielfältigen

Freizeitflächen für die verschiedensten Bevölkerungsgruppen eingesetzt werden.

Einen wichtigen Beitrag in Wohnsiedlungen leisten auch die Kooperationsprojekte mit den Wohnungsbauunternehmen vor Ort. Hier kann mit dem Programm – parallel zu den Modernisierungsmaßnahmen der Wohnungsbauunternehmen in den Gebäuden – in die Freiflächen investiert werden, um z.B. die Zuwegungen zu erweitern, barrierefrei und sicher zu gestalten und Kommunikationsräume für die Quartiersbewohner:innen zu schaffen.

Ein wichtiger Erfolgsfaktor ist die Einrichtung eines Quartiersmanagements in den Fördergebieten, das den Austausch zwischen der Kommune, allen Akteur:innen sowie den Bürger:innen vor Ort übernimmt und das ebenfalls gefördert wird.

Die Aktivierung und Beteiligung von Quartiersbewohner:innen ist dabei eine zentrale Aufgabe des Quartiersmanagements. Durch aufsuchende und innovative Beteiligungsformen, wie z.B. aktivierende Befragung, wanderndes Café, Modellbauaktionen, Baustellentreffs, Jugendbeteiligung mit Drohnenbefliegung, gelingt die Aktivierung von schwer erreichbaren Zielgruppen. Zudem gibt es formale Beteiligungsstrukturen wie Stadtteilbeiräte für einen kontinuierlichen Bürger:innen-Politik-Dialog. Der Aufbau von Beteiligungsgremien mit Entscheidungsrelevanz stärkt die Demokratie von unten. An vielen Standorten gründen sich daraufhin engagierte Stadtteilvereine und übernehmen Verantwortung.

Der Erfolg des Förderprogramms hängt zudem vom Erfahrungsaustausch, einem Wissenstransfer und anlassbezogener Beratung der Förderstandorte ab.

Das Kompetenzzentrum Sozialer Zusammenhalt, eine Kooperation zwischen der Hessen Agentur und der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V., übernimmt diese Aufgabe im Auftrag des Landes und leistet damit seit vielen Jahren einen wertvollen Beitrag zu der Weiterentwicklung des Programms und der Umsetzung der Maßnahmen in den Förderquartieren.

Ein besonderer Fokus liegt aus der Sicht des Programms Sozialer Zusammenhalt auf einer Nachhaltigkeitsstrategie nach Abschluss der Förderung. Die Räume für ein soziales Miteinander und Unterstützungsangebote für die Quartiersbevölkerung sowie gute nachbarschaftliche Beziehungen, die geschaffen werden konnten, müssen auch mit Leben gefüllt bzw. gefestigt werden und das bedarf professioneller Begleitung.

Es hat sich gezeigt, dass der Einsatz von Fördermitteln über die Städtebauförderprogramme hinaus dringend erforderlich ist, um den sozialen Bedarfen der Menschen in den Förderquartieren gerecht werden zu können. Es ist daher sehr erfreulich, dass die Förderstandorte auch Mittel aus den Fachprogrammen des Hessischen Sozialministeriums, wie

z.B. für die Förderung von Kitas und Familienzentren, in Anspruch nehmen können. Derzeit können große Synergieeffekte mit dem Einsatz von Fördermitteln des Programms Gemeinwesenarbeit in den Quartieren des Sozialen Zusammenhalts beobachtet werden. Der kombinierte Einsatz der beiden Programme wird schwerpunktmäßig in diesem Städtebauförderprogramm genutzt, ist jedoch bei den beiden anderen Städtebauförderprogrammen Lebendige Zentren und Wachstum und Nachhaltige Erneuerung nicht ausgeschlossen. Bei der Programmumsetzung auf kommunaler Ebene wird eine abgestimmte Vorgehensweise bei dem Einsatz von Fördermitteln aus verschiedenen Handlungsfeldern erwartet. Daher wird die Vernetzung beider Programme in den Fördergebieten des Programms Sozialer Zusammenhalt ermöglicht.

Auf der Transferwerkstatt in Neustadt hat sich noch einmal bestätigt, dass die Möglichkeit, sowohl am Programm Gemeinwesenarbeit als auch am Programm Sozialer Zusammenhalt teilnehmen zu können, von den Kommunen bereits jetzt als großer Mehrwert empfunden wird und dabei unterstützt, die Aufgaben vor Ort bestmöglich bewältigen zu können.

Weitere Informationen zur Städtebauförderung in Hessen unter

www.nachhaltige-stadtentwicklung-hessen.de



Das Förderprogramm Gemeinwesenarbeit: Eine Standortbestimmung

Dayana Fritz, stellvertretende Referatsleiterin für Gemeinwesenarbeit, Bürgerschaftliches Engagement, Sterbebegleitung im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration

In Städten und anderen Gemeinden sind gesellschaftliche Herausforderungen, wie Demografie und Zuwanderung, Bildung und Beschäftigung, Gesundheit und Klimawandel, unmittelbar sichtbar. Die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, Konsequenzen steigender Inflation sowie Folgen der Corona-Pandemie zeigen sich aktuell als verschärfte Wohnungsknappheit oder durch eine steigende Frequentierung von Hilfsangeboten, wie den Ausgabestellen für Lebensmittel der Tafel.

Auch hessische Städte und Landkreise stehen vor der Aufgabe, dass soziale Dynamiken vor Ort begleitet und bearbeitet werden müssen. Die Landesregierung unterstützt die Kommunen darin Quartiere, in denen sich soziale Problemlagen häufen, zu stärken und positive Entwicklungen der materiellen, immateriellen und infrastrukturellen Lebensbedingungen zu initiieren. Das geschieht unter anderem durch die Förderung von Gemeinwesenarbeit in benachteiligten Quartieren. Das Landesprogramm Gemeinwesenarbeit besteht seit 2015 und finanziert derzeit Projekte an 72 Standorten in Hessen. Im Jahr 2022 mit rund 6,85 Mio. Euro.

GEMEINWESENARBEIT IM LANDESFÖRDERPROGRAMM GEMEINWESENARBEIT

Gemeinwesenarbeit ist ein „Konzept sozialraumbezogener Arbeit bzw. der Arbeit in sowie mit größeren sozialen Kontexten“ (Stövesand 2019). Über diese sozialräumliche Ausrichtung der Gemeinwesenarbeit hinaus, wird das Landesprogramm in seiner

sozialpolitischen Ausrichtung auf die soziale Arbeit in benachteiligten Quartieren bezogen. Gemeinwesenarbeit entsprechend dem Förderprogramm des Landes Hessen ist also enger konturiert als eine allgemeine sozialräumliche Arbeit im Gemeinwesen. Im Förderprogramm ist in einem ersten Bezugspunkt ein Quartiersbezug verankert, damit die Ressourcen zielgerichtet eingesetzt werden können und da Menschen in der Regel ein Quartier als räumlich und sozial überschaubar erleben.

Zwischen den Quartieren in den hessischen Kommunen, wie in anderen Regionen auch, gibt es Unterschiede. Manchmal bestehen große Divergenzen, z. B. ob

- Vereine, Freizeit- oder Bildungsangebote genutzt werden können,
- Einkaufsmöglichkeiten, öffentlicher Nahverkehr, Schulen, medizinische Versorgung, kulturelle Einrichtungen zur Verfügung stehen,
- sozioökonomisch gute oder schlechte Lebenssituationen überwiegen,
- viele Menschen einer bestimmten Altersgruppe angehören,
- im Umfeld tragfähige und unterstützende soziale Netzwerke bestehen.

Diese Gegebenheiten haben Einfluss darauf, ob Menschen aufgrund ihres Wohnortes über förderliche Lebenschancen verfügen oder ob sie Benachteiligungen erleben.



Der zweite Bezugspunkt im Förderprogramm Gemeinwesenarbeit ist die Ausrichtung auf ausgewählte Quartiere, in denen die materielle oder immaterielle Ausstattung sowie die Sozial- oder Infrastruktur nachteilig sind bzw. nicht für eine erfolgreiche Bearbeitung existierender Herausforderungen ausreichen. Im Fokus stehen benachteiligte Quartiere - also Quartiere mit besonderen sozialen und integrationspolitischen Herausforderungen (sogenannte „soziale Brennpunkte“). Sie sind für die Einwohnenden, im Blick auf das soziale Kapital sowie die gesellschaftlichen Ressourcen, gleichsam benachteiligende Quartiere.

ZIELSETZUNGEN DES FÖRDERPROGRAMMS GEMEINWESENARBEIT

Die in Hessen geförderten Projekte bieten Unterstützungsangebote zur Verbesserung von Lebenslagen benachteiligter Menschen und fördern die soziale sowie sozialräumliche Entwicklung in benachteiligten Quartieren. Die Projekte in den Quartieren zielen darauf, die infrastrukturellen und immateriellen Bedingungen unter Beteiligung der Menschen vor Ort zu verbessern.

Gemeinwesenarbeit im Förderprogramm folgt der sozialen Grundidee, Interessen und Bedarfe der Menschen, die aufgrund ihrer individuellen und sozialen Lebensbedingungen benachteiligt sind, zur Sprache zu bringen und hierüber positive Veränderungen in den Lebensräumen anzustoßen.

Zentral ist die Orientierung an den Besonderheiten und Ressourcen eines Quartieres. Gemeinwesenarbeit nutzt die Stärken von Einwohnenden, Organisationen und Strukturen im Quartier, sie versteht

sich als Vernetzungsinstanz und weiß, dass eine nachhaltige Verbesserung nur unter Einbeziehung relevanter Akteur:innen erreichbar ist (vgl. LAG Hessen 2019, S. 18-19). Eine Aufgabe von Gemeinwesenarbeit ist es, „gebietsbezogene Netzwerke unter den Bewohner_innen [...] [sowie] Netzwerke und Kooperationsstrukturen der haupt- und ehrenamtlichen Akteur_innen im Quartier und darüber hinaus [zu schaffen und zu stärken]“ (ebd., S. 19). Im Ergebnis dieser Ausrichtung ist Gemeinwesenarbeit parteilich für die (benachteiligten) Menschen im Quartier. Sie weist die Handelnden auf ihre Verantwortung hin. Insbesondere betrifft das die (sozial-)politische Ebene in den Kommunen, aber auch politisch Verantwortliche auf Landes- und Bundesebene. Hinter Gemeinwesenarbeit muss der politische Wille und die strategische Positionierung für die Weiterentwicklung von Quartieren mit besonderen sozialen Herausforderungen stehen.

FÖRDERSTRATEGIE IM LANDESPROGRAMM GEMEINWESENARBEIT

Ziel des Landesförderprogramms Gemeinwesenarbeit ist es, dass sich die Lebenslage der Menschen in benachteiligten Quartieren verbessert. Die Interessen und Bedarfe der Betroffenen sind Ausgangspunkte, um Partizipation zu initiieren. Aus diesem Grund ist die Förderung so angelegt, dass im Programm verankerte gemeinwesenorientierte Schwerpunkte mit quartiersbezogenen Handlungskonzepten verbunden werden. Der Bezug der Förderziele auf sozialräumliche Aspekte wird vor Beginn der Gemeinwesenarbeit initiiert, da die Antragsstellenden im Förderantrag ihre Ausgangslage und Bedarfe bezogen auf das Förderquartier beschreiben und entscheiden über welche Schwerpunktsetzung sie im Projekt bearbeitet werden. Ein möglicher Akzent ist die „Aktivierung, Unterstützung und Verbesserung von Selbst-

organisation und Selbsthilfepotenzialen, Teilhabe und Partizipation sowie Handlungsfähigkeit, insbesondere von durch Armut und Ausgrenzung betroffener Quartiersbewohner/innen [...]“ (HMSI, Richtlinie Gemeinwesenarbeit, Ziffer 2.1 a). Für jedes Projekt wird ein inhaltlicher Fokus (mit Handlungszielen) entwickelt und beschrieben, welche Wirkungen erreicht werden (Indikatoren zur Wirkungsmessung). Die Projektschwerpunkte berücksichtigen die Ausgangslage und die Bedingungen im Förderquartier, daher sind die Ausrichtungen der Förderstandorte und die Arbeitsstrukturen unterschiedlich. Ein gemeinsames Merkmal ist, dass in den benachteiligten Quartieren ein Stadtteil- bzw. Quartiersbüro entsteht, in dem das Gemeinwesenarbeit-Projekt und zumindest ein GWA-Projektbüro entsteht, in dem die Gemeinwesenarbeit vor Ort niedrigschwellig erreichbar ist und Inhalte des GWA-Projektes (teilweise) umgesetzt werden.

RESÜMEE

Mit dem Förderprogramm Gemeinwesenarbeit unterstützt die Landesregierung die hessischen Kommunen darin, in benachteiligten Quartieren die Lebensverhältnisse gemeinsam mit den Einwohnenden zu verbessern. Die Förderstruktur ist so angelegt, dass die sozialpolitische Ausrichtung in der Durchführung der Projekte handlungsleitend ist, aber gleichzeitig die lokalen Gegebenheiten den Ausgangspunkt für die gemeinwesenorientierten Prozesse bilden und eine bedarfsorientierte Ausrichtung sicherstellen. So gelingt es, dass die Förderprojekte einen Beitrag zur Weiterent-

wicklung der sozialen Infrastruktur, zur Sicherung des sozialen Zusammenhalts, für eine gute Lebensqualität und für die Möglichkeit der Teilhabe aller Menschen in den Kommunen leisten.

Um strukturelle Veränderungen zu erreichen braucht es, neben zielgerichteten Handlungsinstrumenten der Sozialpolitik, ein integriertes, fachübergreifendes Vorgehen von Institutionen und Behörden unterschiedlicher Ebenen (Bund, Land, Kommunen). Die Akteur:innen müssen, bildlich gesprochen, an einem Strang und in eine Richtung ziehen.

In Hessen werben das Landesprogramm Gemeinwesenarbeit und die Städtebauförderung (wie das Programm Sozialer Zusammenhalt) dafür, dass neben der auf Kooperation ausgerichteten Förderstruktur, ein gemeinsamer Verständigungsprozess in den Kommunen initiiert wird, sodass unter Wahrung der jeweils programmleitenden Perspektiven die intra-, interprofessionelle und interorganisationale Ebene vor Ort durch die Beteiligten miteinander verbunden und weiterentwickelt wird.

Die Erfahrungen zeigen, dass sozialpolitisch ausgerichtete Programme wirksam sind, wenn sowohl auf fachpolitisch-strategischer Ebene als auch in den Arbeitsstrukturen in den Kommunen eine Kooperation auf Augenhöhe entsteht und hierüber eine Bündelung von Ressourcen und Synergien möglich werden.

Weitere Informationen zum Förderprogramm Gemeinwesenarbeit unter

www.gemeinwesenarbeit-hessen.de
www.soziales.hessen.de/soziales/gemeinwesenarbeit

Gemeinwesenarbeit und Sozialer Zusammenhalt: Einsatz der beiden Förderprogramme in Hessen

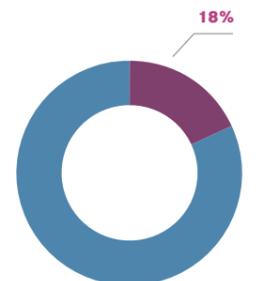
2022 umfassten die Mittel der Städtebauförderung in Hessen rund 99 Mio. Euro, wovon 25 Mio. auf das Programm Sozialer Zusammenhalt entfallen. Diese Mittel verteilten sich 2022 auf 32 hessische Fördergebiete in 21 Städten und Gemeinden. 41 weitere Fördergebiete erhielten in der Vergangenheit Fördermittel, sind aber inzwischen ausgefördert.

Allein im Jahr 2022 stellte das Land Hessen 6,85 Mio. Euro für das Förderprogramm Gemeinwesenarbeit zur Verfügung. Diese entfallen auf 95 Fördergebiete in 72 Städten und Gemeinden.

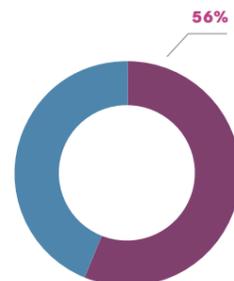
Auch für die weitere Laufzeit des Landesprogramms bis 2026, ist die Finanzierung der Projekte in der Gemeinwesenarbeit eingeplant.

In 18 hessischen Stadtteilen/Quartieren werden die Förderprogramme Gemeinwesenarbeit und Sozialer Zusammenhalt derzeit zeitgleich eingesetzt. Das sind 56 % der Fördergebiete im Programm Sozialer Zusammenhalt und 18 % der Fördergebiete im Programm Gemeinwesenarbeit.

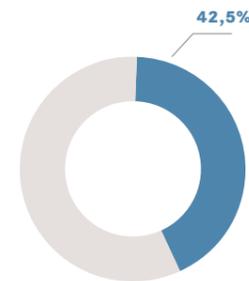
17 der 41 (42,5 %) ausgeförderten Gebiete aus dem Programm Sozialer Zusammenhalt setzen aktuell im Anschluss das Förderprogramm Gemeinwesenarbeit ein.



Von 96 Fördergebieten im Programm **Gemeinwesenarbeit** setzen 18 zeitgleich das Städtebauförderprogramm **Sozialer Zusammenhalt** ein (18 %).



Von 32 Fördergebieten im Städtebauförderprogramm **Sozialer Zusammenhalt** setzen 18 zeitgleich das Programm **Gemeinwesenarbeit** ein (56 %).



Von 41 ausgeförderten Fördergebieten im Städtebauförderprogramm **Sozialer Zusammenhalt** setzen 17 das Programm **Gemeinwesenarbeit** im Anschluss ein (42,5 %).

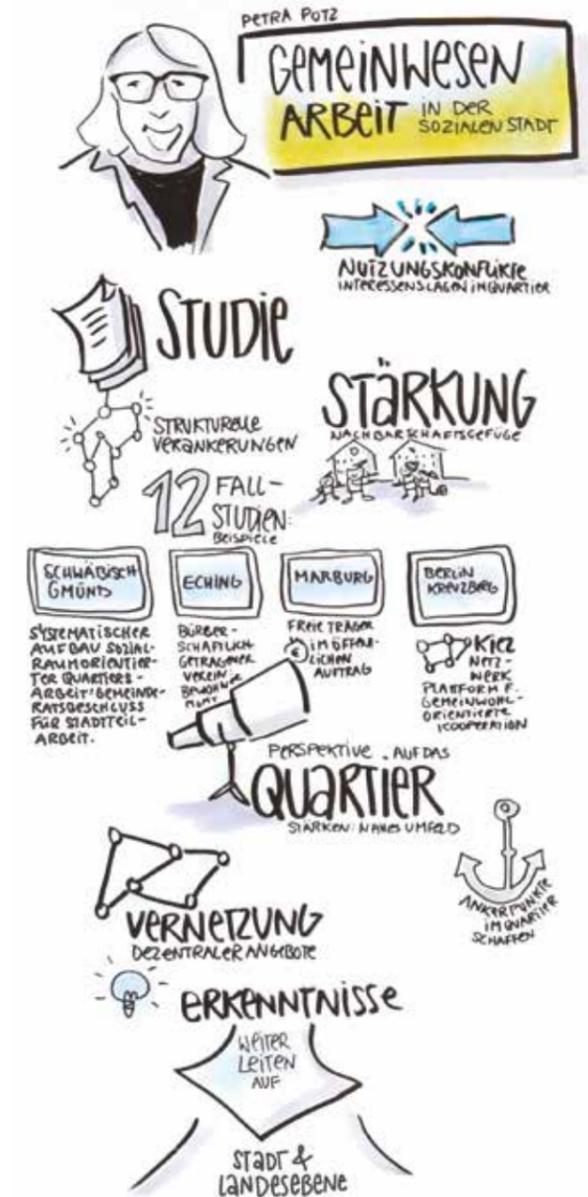
Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadt

Dr. Petra Potz, location³, Berlin

Gemeinwesenarbeit in ihrer Breite und Akteur:innenvielfalt wurde in einer bundesweiten Untersuchung betrachtet; die Definition umfasste „sämtliche Strategien, die sich ganzheitlich auf den Stadtteil und nicht nur auf einzelne Individuen richten“ (BBSR 2020, S.4). Die strukturelle Verankerung von Gemeinwesenarbeit und sozialraumorientiertem Handeln zur Sicherstellung von sozialer Teilhabe und Daseinsvorsorge und für die Stärkung nachbarschaftlicher Unterstützungsstrukturen, insbesondere im Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt (seit 2020: Sozialer Zusammenhalt), aber auch darüber hinaus, wurde untersucht.^[2]

Die Einrichtungen der Quartiersarbeit zeichnen sich durch eine Vielfalt an Trägerstrukturen und einen breiten Finanzierungsmix aus, der meist stark projekt- bzw. angebotsbezogen ist. Vor allem die Patchworkfinanzierung über befristete Projektformate führt gemäß den Befunden immer wieder zu Unsicherheiten und erschwert den Aufbau nachhaltiger Strukturen und Beziehungen.

Die Bedeutung von Gemeinwesenarbeit für ein gelingendes Zusammenleben in sozial herausfordernden Quartieren scheint unumstritten. Eine Klärung des Verhältnisses von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement erweist sich jedoch als notwendig: Die Förderung des Quartiersmanagements im Rahmen baulicher Investitionen in die quartiersbezogene soziale Infrastruktur (Städtebauförderung) wird aufgrund der befristet und degressiv auszugestaltenden Bundesfinanzhilfen (Art. 104b GG) immer zeitlich begrenzt sein. Die Aktivitäten des Quartiersmanagements richten sich aufgrund des Förderrahmens direkt oder indirekt auf städtebauliche Investitionen, als sogenannte investitions-vorbereitende oder -begleitende Maßnahmen.



[2] Die Studie „Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadt. Entwicklungspotenziale zwischen Daseinsvorsorge, Städtebauförderung und Sozialer Arbeit“ wurde von 2018 bis 2020 von Dr. Petra Potz, location³, Berlin; Univ.-Prof. Dr. Simon Güntner, TU Wien; Ralf Zimmer-Hegmann und Felix Leo Matzke, ILS Dortmund; Roland Rosenow, Freiburg im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat BMI und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung BBSR durchgeführt. Online unter: https://www.staedtebaufoerderung.info/SharedDocs/downloads/DE/Forschung/SozialerZusammenhalt/GWA_in_der_sozialen_Stadt_Endbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=2, [Letzter Zugriff am 01.07.2022].

Dem gegenüber ist Gemeinwesenarbeit aus einer nicht-investiven Logik heraus entstanden und stellt kommunikative, aktivierende und soziokulturelle Aspekte in den Vordergrund.

Im Kontext der sozialen Stadtentwicklung wird auf die wichtige Rolle der Gemeinwesenarbeit innerhalb des Quartiersmanagements oder in Ergänzung zum Quartiersmanagement hingewiesen. So wird z.B. auf Bundesebene betont, dass im Quartiersmanagement „Fachkenntnisse in den Bereichen Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit erforderlich“ sind (BMI 2018, S. 25). Zwischen Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement gibt es einige Überschneidungen, aber auch signifikante Unterschiede. Da beide Konzepte interpretationsoffen sind, ist es jedoch schwer, diese präzise zu markieren. Gemein ist beiden Ansätzen der Quartiersbezug und die partizipative Umsetzung sowie die Netzwerkarbeit.

Nicht-investive Aktivitäten zur Stärkung der lokalen Gemeinschaft (von Kochen und Gärtnern bis hin zum Protest) können einen wichtigen Beitrag zur Zielerreichung im Programm Sozialer Zusammenhalt leisten, lassen sich aber eben oft nicht aus Mitteln der Städtebauförderung finanzieren.

Konfliktorientierte und parteiliche Varianten der Gemeinwesenarbeit können auch in Opposition zum Quartiersmanagement gehen und sich gegen städtebauliche Interventionen stellen, wenn mit diesen z.B. Verdrängungsrisiken und Benachteiligungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen einhergehen oder diese befürchtet werden.

Die Beziehung von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement kann folglich sehr unterschiedliche Formen annehmen: Gemeinwesenarbeit kann ein Element eines umfassenden Quartiersmanagements sein; sie kann sich aber auch (quasi in konzeptioneller Konkurrenz) explizit gegen oder neben das Quartiersmanagement stellen. Dabei ist relevant, wie und in welcher Trägerschaft das jeweilige Modell von Quartiersmanagement ausgestaltet ist, denn auch hier lässt sich nach wie vor eine Vielfalt an Interpretationen feststellen (vgl. BMUB 2016). In einigen Kommunen und Trägern wird Quartiersmanagement stark in der Tradition der Gemeinwesenarbeit verortet, teilweise in Kooperation mit Wohnungsunternehmen. Auch die Praxis, das Quartiersmanagement mit Sozialarbeiter:innen und Planer:innen auszustatten, zeigt die hybride Funktion von Quartiersmanagement.

Die Fachkompetenz Gemeinwesenarbeit im Quartiersmanagement in der Sozialen Stadt wird mit „deren besonderen Kompetenzen bei der Ansprache benachteiligter Gruppen und ihrem lebenslagen- und zielgruppenübergreifenden Vorgehen“ begründet (HEGISS Servicestelle 2019, S. 15). Im Spannungsfeld zwischen Parteilichkeit und einer intermediären, vermittelnden Position können entscheidende Nuancierungen gegenüber dem Quartiersmanagement und sozialräumlichem Verwaltungshandeln ausgemacht werden:

- Quartiersmanagement wird als intermediäre und konsensorientierte Instanz wahrgenommen, die aber oft mit koordinierenden Tätigkeiten ausgelastet sei und eigentlich mehr frei verfügbare Zeit benötige – was Förderbedingungen jedoch in der Regel kaum erlauben.

- Quartiersmanagement bezieht sich auch vornehmlich auf die Umsetzung von städtebaulichen Maßnahmen mit öffentlichen Fördermitteln. Im Zusammenspiel mit Gemeinwesenarbeit liege in der Praxis beim Quartiersmanagement häufig eine leitende und koordinierende Funktion durch einen strategischen Blick auf das Quartier und die Rückbindung an lokale Politik (Quartiersbeirat etc.).
- In verschiedenen Varianten der Gemeinwesenarbeit hingegen ist sowohl Parteilichkeit für vulnerable Gruppen wie auch eine explizite Konfliktorientierung geboten. Diesbezüglich wurde auch auf die klaren Formulierungen in den Qualitätsstandards der Gemeinwesenarbeit verwiesen, die zur Begleitung des hessischen Landesprogramms zur Gemeinwesenarbeit entwickelt wurden (vgl. LAG Hessen 2019).

Im Rahmen der Studie wurde unter dem Titel „SGB meets BauGB“ eine stärkere Verzahnung zwischen den Rechtsfeldern und Logiken der raumbezogenen Quartiersarbeit und der sozialpolitischen Fachpolitiken diskutiert. Neben der Förderung der baulichen Investitionen in verlässliche soziale Infrastruktur als Ankerpunkte der Gemeinwesenarbeit ist eine dauerhafte Finanzierung des Betriebs und Personals für die Beziehungsarbeit und den Aufbau stabiler sozialer Netze aus weiteren Ressorts und Finanzierungsquellen zu sichern. Für diese Verstetigung sind strategische ressortübergreifende Allianzen nötig. Eine systematische gesamtstädtische Unterstützung in Form einer strategischen Stadtteilkoordination, einer integrierten kommunalen Sozialplanung bzw. von innovativen Trägermodellen der Daseinsvorsorge erweist sich als Impuls für die nachhaltige Förderung von aufsuchender Gemeinwesenarbeit und einer quartiersbezogenen sozialen Infrastruktur und sollte ausgebaut und gestärkt werden, um sozial- und stadtentwicklungspolitische Gewinne durch Teilhabe und soziale Kohäsion zu erzielen.



PRAXISBEISPIEL BÜRSTADT Östliche Kernstadt

Allparteilichkeit und Parteilichkeit in Interaktion für eine integrierte Stadtentwicklung

Förderzeitraum Sozialer Zusammenhalt: 2017 bis 2027

Förderzeitraum Gemeinwesenarbeit: 2021 bis 2026



Das Quartier ist von überwiegend seit den 1960er Jahren östlich der Kernstadt entstandenen Ein-, Zwei- und Mehrfamilienfamilienhäusern geprägt. Städtebauliche Herausforderungen für die Stadtentwicklung waren eine nicht mehr zeitgemäße Infrastruktur, Modernisierungsbedarfe bei den Wohngebäuden, unzureichende Angebote der Nahmobilität und eine geringe Qualität der vorhandenen Freiräume. Gleichzeitig sind im Gebiet sozialräumliche Auffälligkeiten vorzufinden, insbesondere befinden sich hier die städtischen Obdachlosenunterkünfte. In den letzten Jahren ist zudem eine zunehmende Diversifizierung der zuvor recht homogenen Bevölkerung über Zuzüge junger Familien mit und ohne Migrationshintergrund festzustellen. Die traditionellen Strukturen des nachbarschaftlichen Zusammenlebens („jede:r kennt jede:n“) verlieren dadurch an Bedeutung, neue Formen müssen erst noch definiert werden. Die Stadt Bürstadt hat sich bei der Entwicklung des Gebiets dem Ziel einer gesunden und sozialen Stadt verschrieben. Das Ziel der Gesundheitsförderung setzt dabei am Stadtteil als alltäglicher Lebenswelt an.

Zentrale Maßnahmen im Förderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“:

- ✦ Entwicklung der bestehenden Großsportanlage der Stadt hin zu einem multifunktionalen und für alle offenen Bildungs- und Sportcampus
- ✦ Aufwertung von öffentlichen Räumen und die Förderung eines gesundheitsfördernden Mobilitätsverhaltens durch die Umgestaltung von Verkehrswegen
- ✦ Einrichtung eines Quartiersmanagements mit Vorortbüro
- ✦ Etablierung eines Verfügungsfonds

Ihre Ergänzung, Vertiefung und Erweiterung findet das Engagement in den Aktivitäten der Gemeinwesenarbeit. Ausgangspunkt war hier ein Konzept zur Neustrukturierung der Wohnungslosenarbeit. Der ganzheitliche Ansatz sieht nicht nur eine professionelle, kommunal finanzierte Wohnungslosenarbeit vor, sondern, über Gemeinwesenarbeit auch die aktive Einbindung jener Bewohner:innen, die besonders von Armut und Ausgrenzung betroffen sind.

Zentrale Ansätze im Förderprogramm „Gemeinwesenarbeit“:

- ✦ Ausbau ambulanter Versorgungsstrukturen, sozialraumbezogene Stabilisierung im Quartier und aufsuchende Krisenhilfe zur Verhinderung von unmittelbar bevorstehenden Wohnungsverlusten
- ✦ partizipative, aktivitätserkundende und motivationssuchende Methoden
- ✦ Berücksichtigung der spezifischen Bedarfe der von Armut und Ausgrenzung betroffenen Menschen in den Stadtentwicklungsprozessen

Über die enge Zusammenarbeit zwischen Stadt, Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit sowie die Verbindung der Förderprogramme können auf breiter Ebene Effekte erzielt werden. Die ämterübergreifende Lenkungsgruppe sorgt für eine interdisziplinäre Umsetzung in der Verwaltung, über die Diskussionen in der prozessbegleitenden „Sozialen Partnerschaft“ (zusammengesetzt aus Vertreter:innen sozialer, kultureller, sportlicher und politischer Gruppierungen) kann eine Akzeptanz und Verbreitung der Inhalte erreicht werden. Notwendige Investitionen werden über das Städtebauförderprogramm unterstützt. So entsteht derzeit ein Begegnungszentrum für alle Bedarfsgruppen, in dem die Aktivitäten von Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit sich optimal ergänzen können. Ein offener Treff wird zum Austausch und Ausruhen genutzt, eine Kleiderkammer lädt zum Stöbern ein. Viele Ideen zu weiteren Aktivitäten nach dem Umbau werden z.B. in diesem Kontext genannt und können aufgegriffen werden.



Die Umsetzung des Programms Sozialer Zusammenhalt wird von der ProjektStadt als Programmmanagement begleitet, mit dem Quartiersmanagement wurde die Sozialagentur Fortuna beauftragt. Die Gemeinwesenarbeit wird von der Diakonie Bergstraße als freiem Träger geleistet.

„Mit dem Zusammenspiel der beiden Programme können wir vernetzt an unserem Ziel einer gesunden und sozialen Stadtentwicklung arbeiten. Die breite und „allparteiliche“ Ansprache aller Bürger:innen durch das Quartiersmanagement verbindet sich dabei mit der fokussierten und „parteilichen“ Arbeit der Gemeinwesenarbeit. Und bei der Schaffung der notwendigen baulichen und städtebaulichen Strukturen helfen uns die Investitionsförderungen des Programms Sozialer Zusammenhalt. Das macht für mich integrierte Stadtentwicklung aus.“

Barbara Schader, Bürgermeisterin



PRAXISBEISPIEL FULDA Ostend/Ziehers Süd

Impulse der Gemeinwesenarbeit und Investitionen des Sozialen Zusammenhalts verbinden

Förderzeitraum Sozialer Zusammenhalt: 2014 bis 2023

Förderzeitraum Gemeinwesenarbeit: 2016 bis 2024

Durch die Ansiedlung von zwei großen Industriebetrieben (Emaillierwerk, Gummiwerke) dehnte sich Fulda zum Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts deutlich Richtung Osten aus. Die Einwohner:innenzahl verdoppelte sich innerhalb weniger Jahrzehnte. So entstanden direkt an die Gummiwerke angrenzend neue Wohnquartiere für Industriearbeiter:innen. Wohnungsbaugesellschaften errichteten große Wohnanlagen, die bis heute Bestand haben und als Gesamtanlagen unter Schutz gestellt wurden. In den 1930er Jahren entstand eine große Kasernenanlage, die – inzwischen ebenfalls unter Schutz gestellt – im Zuge der Wohnungsnot der Nachkriegszeit, zu verdichteten Wohnblocks umgebaut wurde. Diese markanten Wohnungs- und Kasernengebäude prägen Fulda Ostend/Ziehers Süd bis heute städtebaulich.

Dieses Gebiet der mehrgeschossigen Wohnanlagen mit wenig gestalteten Abstandsflächen weist deutlich über dem Durchschnitt liegende Bedarfsindikatoren sowie eine hohe Fallzahl bei den Interventionen der Kinder- und Jugendhilfe auf. Laut kommunaler Bildungsplanung liegen die Schulbesuche/ -empfehlungen an die Hauptschule erheblich über dem Durchschnitt. Aus der Perspektive der Fallzahlen des Allgemeinen Sozialen Dienstes ist sowohl Ziehers Süd als auch das Ostend signifikant höher belastet (Stand 2014).

Zentrale Maßnahmen im Förderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“:

- Ankauf eines ehemaligen Kasernengebäudes für soziale Einrichtungen und Wohnungen
- Modernisierung einer ehemaligen Turnhalle als „Bürger- und Veranstaltungszentrum Ziehers Süd“
- Modernisierung eines ehemaligen VHS-Gebäudes und Umnutzung für die Erziehungsberatungsstelle, Spielberatung und Stadtteileräume
- Einrichtung eines Stadtteilcafés in einem Gebäude für soziale Einrichtungen und das Stadtteilbüro

- Diverse Freiflächenmaßnahmen und Spielplatzmodernisierungen
- Förderung von Freiflächenmodernisierungen der Wohnungsbaugesellschaften
- Etablierung eines Verfügungsfonds



Zentrale Projekte im Förderprogramm „Gemeinwesenarbeit“:

- Etablierung einer niedrigschwelligen Anlaufstelle im Bürgerzentrum Ziehers Süd
- Etablierung eines bewohner:innengetragenen Leihladens (inkl. Verleih eines Lastenrads)
- Organisation eines Gartenwettbewerbs
- Organisation verschiedener Stadtteilerfeste
- Unterstützung eines dezentralen Angebots der Tafel (Lebensmittelausgabe) sowie von Foodsharing
- Organisation von Innenhofcafés als aufsuchende Methode der Gemeinwesenarbeit (auch auf privaten Grundstücken) als Voraussetzung für gelingende Beteiligung und partizipative Strukturen
- Unterstützung der Familien durch niedrigschwellige Bildungsangebote
- Etablierung niedrigschwelliger Angebote für Senior:innen und Familien

In Fulda Ziehers Süd wurde das Quartiersmanagement an die städtische Gesellschaft proCummunitas GmbH vergeben. Die Stelle für die Gemeinwesenarbeit ist beim Kreisverband der Arbeiterwohlfahrt Fulda e.V. angegliedert.

Wegen der unterschiedlichen Kernaufgaben der Gemeinwesenarbeit und des Vor-Ort-Büros im Förderprogramm Sozialer Zusammenhalt ist eine regelmäßige Abstimmung und gelegentlich auch Abgrenzung der beiden Aufgabenbereiche erforderlich. Auch für Außenstehende muss deutlich werden, welche Institution für welche Aufgaben zuständig ist. Fördert die Gemeinwesenarbeit insbesondere das Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und Generationen im Stadtteil, so ist das Quartiersmanagement auf die Schaffung und Organisation von Beteiligungsstrukturen im Hinblick auf die erforderliche Bürgernähe und die tatsächlichen Veränderungsperspektiven der Städtebauförderung fokussiert.

Die Förderprogramme Sozialer Zusammenhalt und Gemeinwesenarbeit leben so in einer Art Symbiose miteinander: das Quartiersmanagement beschreibt Defizite und mögliche Bedarfe inklusive erster fantasievoller Vorplanungen für bauliche Veränderungen, die Gemeinwesenarbeit erfüllt Gebautes dann mit Leben bzw. macht bauliche Bedarfe erst erkennbar.

Mögliche Konkurrenzsituationen dieser unterschiedlichen Ansätze müssen im Vorneherein geklärt (geschlossen) bzw. gemeinsam bearbeitet werden.

Im Fördergebiet gibt es zwei Abstimmungsgremien, in die Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement eingebunden sind:

1. Arbeitskreis Kinder und Jugendliche im Ostend und Ziehers Süd (AK), der die in der Kinder- und Jugendarbeit tätigen Institutionen wie Kindergarten/Schule, aber auch den Jugendclub Ostend im Quartier vernetzt und gemeinsame Aktivitäten plant.

2. Der „Stadtteilbeirat im Ostend und Ziehers Süd – STABOS“. Er ist für die Beteiligung aller bürgerschaftlichen Gruppen am nachhaltigen Veränderungsprozess im Rahmen des Förderprogramms Sozialer Zusammenhalt zuständig. Mitglieder sind Vertreter:innen aller im Quartier tätigen sozialen

Einrichtungen und Institutionen sowie der Kirchen und der örtlichen Wohnungsbaunehmen. Ortsverbände der Parteien, sowie Vertreter:innen örtlicher Initiativen oder Interessengruppen haben wie die Gemeinwesenarbeit je eine:n stimmberechtigte:n Vertreter:in im STABOS. Die Sitzungen finden mindestens viermal im Jahr statt und beinhalten alle Projekte, die für das Quartier von Bedeutung sind oder die aus Mitteln des Städtebauförderprogramms finanziert werden sollen.

Die Methode der aufsuchenden Gemeinwesenarbeit ist ein wesentlicher Schlüssel für die erfolgreiche Einbindung von Zielgruppen in die dezentrale Projektarbeit im Förderprogramm Sozialer Zusammenhalt.

Die in der Gemeinwesenarbeit ermittelten Problemlagen oder Defizite können mit den Mitteln des Programms Sozialer Zusammenhalt relativ zeitnah einer Lösung nähergebracht werden. Dies betrifft zum einen Projekte im Stadtteil, die nur einen kurzen Vorlauf benötigen, wie zum Beispiel die Herstellung von Hochbeeten oder das Sammeln von Regenwasser für die Vorgärten. Diese Mittel können in relativ kurzer Zeit aus dem Verfügungsfonds beantragt werden, während für die Umgestaltung der großen Frei- und Abstandsflächen der Wohnungsbaugesellschaften förmliche Förderanträge der Grundstückseigentümer:innen im Städtebauförderprogramm erforderlich sind, die einen längeren Vorlauf und in der Regel auch eine professionelle Planung benötigen.



„Niedrigschwellige Beteiligung der Zielgruppen in den Förderstandorten im Programm Sozialer Zusammenhalt ist ohne die Ansätze und Methoden der Gemeinwesenarbeit nicht möglich!“

Christoph Schmidt, Projektkoordinator und Sachgebietsleiter Städtebauförderung

PRAXISBEISPIEL NEUSTADT Stadtkern

Herausforderungen von unterschiedlichen Seiten angehen und partizipativ bearbeiten

Förderzeitraum Gemeinwesenarbeit: 2015 bis 2024

Förderzeitraum Sozialer Zusammenhalt: 2016 bis 2025

Neustadt (Hessen) ist ein Unterzentrum im östlichen Teil des Landkreises Marburg-Biedenkopf mit insgesamt knapp 10.000 Einwohner:innen. Zur Kommune gehören auch die Außenstadtteile Mengersberg, Momberg und Speckswinkel mit dörflichem Charakter.

In der Kernstadt leben ca. 6.000 Menschen. Mehr als fünfzehn Prozent dieser Menschen haben nicht die deutsche Staatsbürgerschaft, dazu zählen u.a. eine große türkische Gemeinde, Zugewanderte aus anderen EU-Staaten, darunter viele aus Rumänien und Bulgarien, sowie Geflüchtete aus verschiedenen Ländern, die sich dauerhaft in Neustadt (Hessen) angesiedelt haben. Insgesamt sind mehr als 70 Nationen vertreten, weitere ca. 10 Prozent der Neustädter:innen sind Spätaussiedler:innen. Seit 2015 ist Neustadt zudem Standort einer *Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge des Landes Hessen (EAEH)* mit zeitweise bis zu 1.000 Bewohner:innen, wobei die Belegungszahlen schwanken.

Das Zusammenleben in Neustadt (Hessen) als Kleinstadt im ländlichen Raum ist entsprechend von großen sozialen und kulturellen Unterschieden geprägt, die mit „klassischen sozialen Brennpunkten“ in Großstädten vergleichbar sind. Besonders deutlich zeigen sich die Herausforderungen in einzelnen Stadtgebieten, in denen

besonders viele benachteiligte Menschen leben. Auch die Innenstadt mit der historischen Altstadt und dem Bürgerpark ist Teil des Fördergebiets. Wie in vielen kleineren Kommunen ist auch in Neustadt (Hessen) der Innenstadtbereich von einer Abwanderung der Gewerbetreibenden und infolgedessen von Leerständen geprägt.

Zentrale Maßnahmen im Förderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“:

- ✳️ Barrierefreie Sanierung und Umbau des Kultur- und Bürgerzentrums durch eine Bündelung von Mitteln des Hessischen Kommunalinvestitionsprogramms und der Sozialen Stadt, um die Nutzungsmöglichkeiten zu erweitern
- ✳️ Um- bzw. Neubau von drei Spielplätzen in partizipativen Bauprojekten, in denen die Quartiersbewohner:innen selbst aktiv an der Gestaltung des jeweiligen Spielplatzes mitwirken und sich gleichzeitig vernetzen konnten
- ✳️ Umgestaltung des „Heizhauses“ im Quartier Leipziger Straße zu einem Gemeinschaftsraum plus Außenbereich für die Quartiersbewohner:innen, unter deren maßgeblicher Beteiligung
- ✳️ Neustrukturierung des Bürgerparks
- ✳️ Umgestaltung des offenen Schulhofes der Martin von Tours Schule
- ✳️ Etablierung eines Verfügungsfonds



Zentrale Projekte im Förderprogramm „Gemeinwesenarbeit“:

- ✳️ Etablierung einer zentralen Anlaufstelle im Quartier als „Begegnungstreff“ in einem ehemaligen Ladenlokal in der Neustädter Marktstraße mit offener Sprechstunde
- ✳️ Organisation von Treffen und kleineren Begegnungsangeboten
- ✳️ monatlich stattfindende Netzwerktreffen mit allen in Neustadt tätigen sozialen Akteur:innen
- ✳️ Schaffung von Begegnungsanlässen und -räumen für unterschiedliche Zielgruppen
- ✳️ Organisation von jährlichen Suppenfesten als Beteiligungsprojekte für interessierte Bürger:innen
- ✳️ partizipative Bauprojekte, z.B. die WandelBar, welche seit 2021 gemeinsam mit anderen Kooperationspartner:innen für ein mobiles Café-Angebot (WandelBarCafé) genutzt wird

In Neustadt ist der bsj Marburg (Verein zur Förderung bewegungs- und sportorientierter Jugendsozialarbeit e.V.) mit der Gemeinwesenarbeit betraut. In einem Tandem mit dem Planungsbüro akp_ übernimmt der bsj Marburg auch das Quartiersmanagement.

Die Mitarbeiter:innen von Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit haben ihr gemeinsames Büro im Begegnungstreff und treffen sich wöchentlich zur Teambesprechung. Netzwerktreffen mit anderen sozialen Akteur:innen in Neustadt finden ca. monatlich statt. Alle sind zudem in regelmäßigem Austausch mit der Kommunalverwaltung. Eine zusätzliche Abstimmungsstruktur im Programm Sozialer Zusammenhalt ist die Lenkungsgruppe mit Vertreter:innen aus Lokalpolitik und Verwaltung sowie der Arbeitskreis zur Verwaltung des Verfügungsfonds, dem auch Quartiersbewohner:innen aus dem Fördergebiet angehören.

Die unterschiedlichen Schwerpunkte und Herangehensweisen der beiden Förderprogramme eröffnen mehrere Perspektiven auf Herausforderungen und Probleme. So können mehr zielführende Ideen und Ansatzpunkte für Lösungsstrategien erarbeitet werden. Anstehende Themen können durch eine gemeinsame Zielsetzung und -verfolgung auf verschiedenen Ebenen platziert und weiterbearbeitet werden. Dabei werden die praktischen Maßnahmen eher von der Gemeinwesenarbeit umgesetzt, während das Quartiersmanagement strategische Aufgaben übernimmt.

Das Zusammenwirken der Programme vor Ort hat zudem den Vorteil, dass Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit unterschiedliche Zielgruppen ansprechen, die dann in Folge bei gemeinsamen Veranstaltungen oder Angeboten zusammengeführt werden können. Auch bei der Bekanntmachung von Angeboten oder der Teilnehmendenakquise unterstützen sich die Bereiche gegenseitig. Ehrenamtliche können je nach Interesse in unterschiedlichen Bereichen eingesetzt werden.

„Stadtteilarbeit ist auch im ländlichen Raum ein geeignetes Mittel, um sozialen Ungleichheiten zu begegnen und das Zusammenleben für alle zu verbessern. Das Zusammenspiel von Gemeinwesenarbeit und Sozialer Zusammenhalt in Neustadt (Hessen) ermöglicht uns, die Herausforderungen von unterschiedlichen Seiten anzugehen und gemeinsam mit den Menschen vor Ort zu bearbeiten.“

Svetlana Nerenberg, Martin Methfessel, Annika Schlüter, bsj Marburg

Sozialer Zusammenhalt in und als Gemeinwesenarbeit: Eine sozialwissenschaftliche Perspektive

Prof. Dr. habil. Monika Alisch,

Hochschule Fulda, Soziologie - Sozialraumentwicklung und -organisation

Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive lassen sich die grundlegenden Ziele, die sich hinter der Programmatik „Sozialer Zusammenhalt“ verbergen sehr selbstverständlich mit Gemeinwesenarbeit als Arbeitsweise der Sozialen Arbeit verbinden: Sozialer Zusammenhalt entspringt einer Vorstellung von Gesellschaft, die sich permanent verändert und mit Demokratie, Föderalismus, Gleichberechtigung und Bürger:innenbeteiligung Prinzipien geschaffen hat, „die integrativ für die Gesellschaft Deutschlands“ sind (Treibel 2015, S. 38). Es geht also um die Frage, was eigentlich Gesellschaft zusammenhält. Dazu passt die ebenso plakative wie richtige Zusammenfassung von Oliver Fehren (2017, S. 33), was Gemeinwesenarbeit ist: Gemeinwesenarbeit ist die „kollektive Organisation individueller Interessen“. Dabei ist im Begriff des Gemeinwesens der „soziale Zusammenhang von Menschen, der über einen territorialen Bezug sowie über soziale Zusammenhänge und Zugehörigkeiten definiert wird“ (BAG et al. 2016) zentral.

Versteht man also Demokratie und auch Integration (der Gesellschaft und nicht in die Gesellschaft) als permanente Prozesse, in denen die Zivilgesellschaft neue Formen des gesellschaftlichen Zusammenhalts entwickelt, ist das Herstellen von Orten, an denen Interessen entwickelt und Bedürfnisse ausgesprochen werden können, wesentliche Aufgabe von Gemeinwesenarbeit. Sie eröffnet Räume für die Stabilisierung und Entstehung von gesellschaftlichem Zusammenhalt (vgl. Alisch et al. 2021; Riede/Dölker 2019).

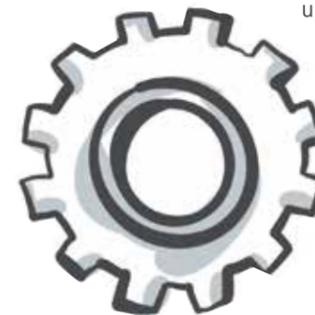
Insofern hat vielleicht auch die Umbenennung des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt in Sozialer Zusammenhalt ein Signal gesetzt, städtebauliche Zielsetzungen und Förderlogiken enger an die Paradigmen von Gemeinwesenarbeit heranzuführen.

Henne und Ei oder Gemeinwesenarbeit zuerst

In der Hessischen Transferwerkstatt wurde dies zunächst aus einer kommunalpolitischen Sicht konkretisiert als Notwendigkeit, das Produkt städtebaulicher Maßnahmen durch Instrumente der Gemeinwesenarbeit „mit Leben zu füllen“. Aus der Perspektive einer gemeinwesenbezogenen Sozialarbeitswissenschaft – aber auch aus den Reihen der Gemeinwesenarbeitspraktiker:innen vor Ort – ergibt sich eine andere Lesart zum Zusammenwirken der städtebaulichen und der sozialen raumbezogenen Programme: Erst eine intensive Gemeinwesenarbeit in als benachteiligt etikettierten Wohnquartieren, Nachbarschaften, Stadtteilen, bringt Bedürfnisse und Interessen insbesondere von vulnerablen sozialen Gruppen hervor. Solche funktional gebildeten Gruppen von z.B. Migrant:innen, älteren Menschen in prekären Lebenslagen, Jugendlichen, Familien etc. haben bisher wenig Erfahrung mit demokratischen Prozessen des Aushandelns von Interessen gemacht. Erst wenn es gelungen ist, in der Weise „schwache Interessen“ (vgl. u.a. Otto/Ziegler 2008) hörbar zu machen, kann der Prozess, Bedürfnisse und Interessen vor Ort hervorzu- bringen, in die Planung baulicher Maßnahmen übersetzt werden.

Arbeitsteilung oder klare Rollen- und Aufgabenklärung

Damit sind zwei Lesarten für die zeitliche aber auch die inhaltliche Arbeitsteilung für die Aufgaben, die mit dem Programm Sozialer Zusammenhalt und mit der Förderung der Gemeinwesenarbeit verbunden sind, angelegt. In der Praxis scheint es grundsätzlich eine Zusammenarbeit „Hand in Hand“ zu sein. Ob dieses Zusammenarbeiten „auf Augenhöhe“, wie es insbesondere von den Gemeinwesenarbeitenden als wesentlich betont wird, gelingt, hängt von Faktoren auf unterschiedlichen Handlungsebenen ab. In der Diskussion über Vorteile der Zusammenarbeit, Gelingensfaktoren und Hemmnisse – nennen wir sie doch ruhig Probleme – erscheint es wichtig, sich jeweils zu vergewissern, auf welcher Ebene sowohl eine positive Erfahrung als auch ein Problem angesiedelt ist, da sich erst darüber erschließt, welche Akteur:innen zu adressieren sind, um Positives zu wiederholen oder Negatives strukturell zu ändern.



„Zusammenspiel“ auf welcher Ebene?

Grob und nicht immer trennscharf sind dies die Ebenen

1. der Politik, auf der zu entscheiden wäre, ob Gemeinwesenarbeit als Daueraufgabe, die sie ist, auch gesetzlich verankert wird oder auf der – insbesondere kommunalpolitisch – entschieden wird, ob, wie und wo vorhandene Förderprogramme in Anspruch genommen und sozialräumliche Disparitäten oben auf die Agenda gesetzt werden;
2. der Ministerien bzw. Programme: Hier geht es um Aspekte der Förderrichtlinien, Zuschnitte von Zuständigkeiten;
3. der Eigenlogiken der Kommunen: tradierte Formen der Zusammenarbeit und der Nicht-Zusammenarbeit, die Geschichte eines Ortes und konkrete Mensch-zu-Mensch Beziehungen im lokalen Akteursnetzwerk haben erheblichen Einfluss auf die Idee der Hand-in-Hand-Zusammenarbeit;
4. der Fachkompetenzen: Die Klärung von Rollen und Aufgaben im Quartier ist auch eine fachpolitische. Dass man in der Zusammenarbeit nicht mehr sieht, wer Sozialarbeiter:in ist und wer Stadtplaner:in, ist für das Ausbilden eines Fachprofils Gemeinwesenarbeit auch schwierig und sollte nicht dazu führen, dass die Arbeit „mit Menschen“ letztlich jeder vor Ort kann, der dort über eines der raumbezogenen Förderprogramme tätig ist.

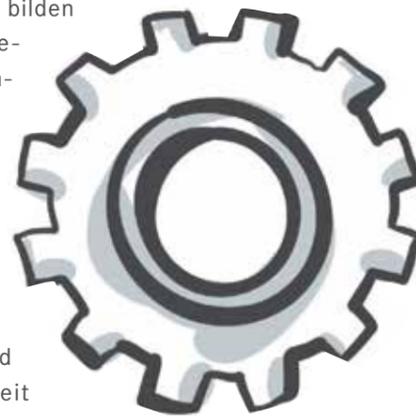
Wie schafft Hessen Voraussetzungen, um integrierte Quartiersentwicklung in benachteiligten Quartieren zu ermöglichen?

Maike Heckenroth und Timo Heyn,
Bundestransferstelle Sozialer Zusammenhalt (empirica)

Vor mehr als zwei Jahrzehnten als die Bund-Länder-Initiative Soziale Stadt gestartet ist, war bereits klar, dass es bundesweit zahlreiche Stadtteile gibt, in denen überdurchschnittlich viele Menschen in herausfordernden, oft armutsgeprägten Lebenslagen wohnen und in denen sich gleichzeitig städtebauliche Problemlagen und Entwicklungsbedarfe häufen.

Wenn integrierte Quartiersansätze diese anspruchsvollen und fachlich verzweigten Aufgaben mitdenken, bedeutet dies selbstverständlich auch, dass dies von Personen ausgehen muss, die dies auch als ihren Aufgabenbereich ansehen und die im Quartier Zugänge zu Bewohner:innen schaffen, Kooperationspartner:innen vernetzen und unterstützende Aktivitäten ausloten, initiieren und begleiten. Die beiden hierfür zentralen integrierenden Instrumente bilden

das Quartiersmanagement und die Gemeinwesenarbeit, deren Aufgabenprofile die Umsetzung integrierter Entwicklungsprozesse ermöglichen. Mitarbeitende des Quartiersmanagements und der Gemeinwesenarbeit können die Schnittstelle von fachlicher Verantwortung (in Verwaltungen, Einrichtungen, Behörden, Trägern, ...) und Bewohner:innenschaft entsprechend den zuvor jeweils geklärten Aufgabenschwerpunkten bilden. Nun stellt sich die Frage, ob es im Sinne dieses Aufgabenverständnisses beider Instrumente bzw. präziser beider Personengruppen bedarf, sowohl des Quartiersmanagements als auch der Gemeinwesenarbeit, oder ob nicht einer der beiden Stränge ebenso gut die Aufgaben des jeweils anderen Strangs übernehmen kann. Ein Quartiersmanagement kann mit einem gemeinwesenorientierten Schwerpunkt agieren oder umgekehrt die Gemein-



Gerade in dem Zusammenwirken baulicher Investitionen und gemeinwesenorientierter Arbeit liegt ein zentraler Schlüssel für eine qualitätsvolle integrierte Quartiersentwicklung.

Die Quartiersebene bildet mit den Zugangsmöglichkeiten zu verschiedenen Bewohner:innengruppen, den Kooperationspotenzialen von Einrichtungen, Trägern und Akteur:innen im Quartier und den räumlichen Bündelungsmöglichkeiten an qualifizierten sozialen Orten und Treffpunkten die idealen Voraussetzungen für integrierte Entwicklungsprozesse. Integrierte Ansätze denken alle vor Ort relevanten Aufgaben der Daseinsvorsorge und Teilhabe mit und schaffen Voraussetzungen, dass Versorgungs-, Zugangs- und Teilhabehemmnisse beseitigt oder zumindest verringert werden. Dies umfasst u.a. gesundheitliche, bildungsbezogene, kulturelle, sportliche und soziale Teilhabe ebenso wie die Versorgungsmöglichkeiten mit Gütern und Dienstleistungen sowie verbraucherrelevanten Informationen hierzu, Wohnraum und wohnortnahen Aufenthaltsmöglichkeiten im öffentlichen Raum.

wesenarbeit mit einem koordinierenden Schwerpunkt und investitionsbegleitenden Aktivitäten. Die Erfahrungsberichte und Diskussionen der Transferwerkstatt zeigen, dass es trotz gemeinsamer Schnittstellen jeweils ein unterschiedliches Grundverständnis zwischen beiden Strängen gibt, das auch mit dem Entstehungshintergrund zu tun hat.

Die Gemeinwesenarbeit mit ihrem Ursprung in den 1970er Jahren und einem damals sehr nahen nachbarschaftlichen räumlichen Bezug, zunächst eng auf sogenannte Brennpunkte bezogen, hatte ihren Schwerpunkt stark auf die Soziale Arbeit mit spezifischen Bewohner:innengruppen mit großen Unterstützungsbedarfen ausgerichtet. Im Unterschied hierzu war das erst Jahrzehnte später mit der Sozialen Stadt etablierte Quartiersmanagement stärker auf einen größeren Raum ausgerichtet, der durch die städtebaulichen Förderkulissen charakterisiert wird und legte seine Aufmerksamkeit auf alle Bewohner:innengruppen, oft mit einem investitionsbegleitenden, beteiligenden Blick, jedoch weniger spezifisch auf die Soziale Arbeit. Auch wenn sich einerseits in den Quartiersmanagements neben den vernetzenden und städtebaulich begleitenden Aufgaben auch gemeinwesenorientierte Arbeitsweisen verfestigt haben und andererseits in der Gemeinwesenarbeit vernetzende Praktiken und räumlich größere Ausrichtungen zum Alltag gehören und auch beteiligende investitionsbegleitende Aktivitäten erfolgen, bestehen nach wie vor separate Qualitäts- und Fachdiskurse. Diese Diskurse spiegeln eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Schärfung von Aufgabenprofilen wider. Insbesondere die Gemeinwesenarbeit hat mit der Erarbeitung von Qualitätsstandards und daran geknüpften Qualifizierungsangeboten zur systematischen Vermittlung von Kompetenzen und transparenten Arbeitsmethoden

beitragen, von der letztlich auch der Arbeitsstrang Quartiersmanagement profitiert.

Es liegt auf der Hand, dass die integrierte Quartiersentwicklung auf beide Fachstränge und Blickwinkel angewiesen ist, idealerweise in einer vor Ort geeigneten Kombination. Sowohl der fundierte Blick auf die städtebauliche Entwicklung und alle Bewohner:innen- und Nutzer:innengruppen als auch die Fokussierung auf spezifische Personengruppen und ihre Bedarfe bilden genauso wie die Vernetzung, Initiierung und Begleitung in allen vor Ort relevanten Teilhabebereichen die Grundlage für einen systematischen integrierten und auf lange Sicht ausgerichteten Entwicklungsprozess in benachteiligten Quartieren.

Vor Ort unterschiedlich ist die konkrete Umsetzung dieser Kombination aus Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit. Die hessischen Beispiele zeigen, dass es sowohl klare Trennungen der Trägerschaften mit deutlich unterschiedlichen Aufgabenprofilen gibt, als auch die Einbettung beider Aufgabenbereiche in einer gemeinsamen Trägerschaft bis hin zu anteiligen Arbeitsstunden der jeweils gleichen Personen. Für beide Ausrichtungen gibt es jeweils plausible Gründe und nach eigenen Einschätzungen sind die verschiedenen Ausrichtungen jeweils zielführend. Es dürfte daher von den Rahmenbedingungen vor Ort und den Aufgabenstellungen abhängig sein, welche Form der Aufgabenteilung bzw. Aufgabenbündelung jeweils geeignet ist. Dies kann z. B. im Rahmen eines Integrierten Entwicklungskonzeptes herausgearbeitet werden. Sehr deutlich wird jedoch, dass beide Kompetenzen nicht nur jeweils gefordert sind, sondern idealerweise in enger Abstimmung und Kooperation agieren, insbesondere dann, wenn es spezifische Aufgabenprofile in getrennter Trägerschaft gibt.

Das Zusammenspiel der beiden Förderprogramme: Vorteile, Gelingensfaktoren und Verbesserungspotenziale

Eine zentrale Voraussetzung für die Verknüpfung der beiden Arbeitsstränge Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit wurde in Hessen durch die beiden parallelen Förderstränge, in dem für die Städtebauförderung zuständigen Ressort „Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen“ sowie dem für die Gemeinwesenarbeit zuständigen Ressort „Hessisches Ministerium für Soziales und Integration“ geschaffen. Auch mit Blick auf die Lernerfahrungen für die ressortübergreifenden Aktivitäten in Bund und Ländern lohnt sich daher ein kurzer Blick auf die Entstehung der Verknüpfungsmöglichkeiten der beiden Förderstränge. Die fachlichen Grundlagen und Voraussetzungen hierfür werden in der Servicestelle Gemeinwesenarbeit und dem Zentrum Sozialer Zusammenhalt entwickelt. Beide fachlichen Servicestellen sind gebündelt bei der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V.^[3] Somit werden die begleiteten Programme auch von Beginn an zusammen gedacht, indem die fachlichen Verständnisse übereinandergelegt und die Schnittstellen aufgezeigt werden. Als programmberatende fachliche Begleitung auch für die kommunale Praxis fließen die Anregungen wiederum an die Ressorts, um die Fördervoraussetzungen entsprechend den fachlichen Erkenntnissen weiterzuentwickeln. Zudem werden Fachdiskurse, wie die Transferwerkstatt „Sozialer Zusammenhalt und Gemeinwesenarbeit in Hessen“ für die kommunalen Praktiker:innen geführt.

Die fachliche Bündelung der Programmbegleitung und -beratung ist daher auf Landesebene ein zentraler Baustein für die Umsetzung integrierter Quartiersansätze in den Kommunen.

Auch wenn gegenwärtig die ressortübergreifenden Fördervoraussetzungen geschaffen sind, stellt sich in der kommunalen Praxis nach wie vor das Problem der Langfristigkeit bzw. oft der Dauerhaftigkeit der Entwicklungsaufgaben in den benachteiligten Quartieren. Gemeinsam ist beiden Fördersträngen, dass die Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen und Aktivitäten allein aus kommunalen Haushaltsmitteln nicht erfolgen oder auch nicht erfolgen können. Zudem sind beide Förderstränge jeweils zeitlich befristet, die Städtebauförderung zudem aufgrund grundgesetzlicher Einschränkungen. Hier stellt sich die Frage, wie längerfristige integrierte Arbeitsprozesse in den Quartieren finanziert werden, in denen sich die Bewohner:innenzusammensetzung nicht durch Gentrifizierungsprozesse verändert bzw. Gentrifizierung auch keine Zielsetzung ist, auch wenn die städtebaulichen Rahmenbedingungen und Teilhabevoraussetzungen verbessert wurden und somit Stabilisierungsziele erreicht wurden. Sowohl die Gemeinwesenarbeit als auch das Quartiersmanagement sind dabei als zentrale verlässliche Konstanten der integrierten Aufgaben gefordert. Hier gilt es künftig auszuloten, in welchen Quartieren, wie und in welcher Intensität die langjährig aufgebaute und erprobte Beziehungsarbeit und Kooperationen weitergeführt werden können und welche Unterstützung die Kommunen hierzu benötigen.



Auf der Transferwerkstatt „Sozialer Zusammenhalt und Gemeinwesenarbeit in Hessen: Wie das Zusammenspiel von Städtebauförderung und Gemeinwesenarbeit gelingt“ am 1. Juni 2022 befassten sich Vertreter:innen von geförderten Kommunen sowie von beteiligten Trägern und Mitarbeitende der beiden zuständigen Landesministerien mit folgenden drei Leitfragen:

- Welche Vorteile ergeben sich durch ein Zusammenwirken beider Programme für die benachteiligten Quartiere?
- Was sind Gelingensfaktoren für ein gutes Zusammenspiel?
- Welche Verbesserungspotenziale gibt es für das Zusammenwirken?

Die Antworten zeigen die vielen Vorteile eines gemeinsamen Einsatzes beider Programme, der allerdings fein orchestriert sein muss. Ein Selbstläufer ist dies keinesfalls. Das Gelingen ist abhängig von vielen Faktoren. Es wurde deutlich, dass ein großer Teil der Arbeit seitens der Kommune, der Träger und der Akteur:innen vor Ort in die Organisation und Koordination des Zusammenspiels fließen muss, bevor Vorteile und Potenziale umfassend ausgeschöpft werden können.

Auch die Ebene der fördernden Ministerien spielt dabei eine zentrale Rolle. Wenngleich hier in den letzten Jahren wichtige Schritte der Annäherung gemacht wurden, zeigt sich, dass die in der Veranstaltung benannten Verbesserungspotenziale vor allem die Ebene der Zuwendungsgebenden adressieren. Diese können durch gezieltere Steuerung und eine engere ressortübergreifende Abstimmung das zielführende Zusammenwirken (nicht nur) dieser beiden Förderprogramme erleichtern und den Zuwendungsempfänger:innen vielfach geäußerte Unsicherheiten nehmen. Hier sind die fördernden Ministerien gefragt, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen und transparente Regelungen der gemeinsamen Anwendung der Förderungen festzulegen. So würde die notwendige Bündelung aller zur Verfügung stehenden Ressourcen in Quartieren mit besonderen Unterstützungsbedarfen vereinfacht und die Potenziale des vielfach geforderten integrierten Vorgehens der Stadtteilentwicklung könnten sich besser entfalten. Dem gemeinsamen Ziel beider Förderprogramme, die Lebensbedingungen in mehrfach belasteten Quartieren zu verbessern und die Teilhabe der dort lebenden Menschen zu ermöglichen, kann so wirkungsvoller entsprochen werden.

[3] Das Zentrum Nachhaltige Stadtentwicklung in Hessen-Sozialer Zusammenhalt ist eine Kooperation der Partner HA Hessen Agentur GmbH (Leitung und Koordination) und LAG Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V.



WELCHE VORTEILE ERGEBEN SICH DURCH EIN ZUSAMMENWIRKEN BEIDER PROGRAMME FÜR DIE BENACHTEILIGTEN QUARTIERE?

Jedes der Förderprogramme hat eigene immanente Grenzen. Im Förderprogramm Sozialer Zusammenhalt sind es die Grenzen der Städtebauförderung und des Baugesetzbuches. Das Förderprogramm Gemeinwesenarbeit wiederum hat dort eine seiner Grenzen, wo zur Verbesserung der Lebenslagen bauliche Investitionen von Nöten sind.

Erst im Zusammenspiel von Städtebauförderung und Gemeinwesenarbeit können die Wohn- und Lebensbedingungen in benachteiligten Quartieren im Sinne der dort lebenden Menschen ganzheitlich verbessert werden.

Die Kombination und Bündelung von Fördermöglichkeiten in benachteiligte Quartiere erhöht die Flexibilität und den Gestaltungsspielraum der sozialen Stadtteilentwicklung.

DIE VORTEILE SIND KONKRET:

- Mehr und breiter einsetzbare Ressourcen für die ganzheitliche Entwicklung benachteiligter Quartiere
- Größerer Spielraum zur Etablierung einer niedrigschwelligen, multifunktionalen Anlaufstelle im Quartier mit entsprechender Ausstattung
- Mehr Personalressourcen, dies bedeutet im Konkreten:
 - im Optimalfall interdisziplinäre und paritätisch besetzte Quartiersteams, die durch ihre Diversität breite Zugänge zur Quartiersbevölkerung und -akteur:innen finden und vielfältige Qualifikationen, Kompetenzen und Methodenwissen aus verschiedenen Disziplinen und Professionen mitbringen
 - mehr zeitliche Ressourcen zur Erweiterung der Präsenz im Quartier sowohl durch die Ausweitung der Öffnungszeiten der Anlaufstelle vor Ort als auch für zugehende bzw. aufsuchende Arbeit
 - erweiterte Zugänge zu Netzwerken:
 - .. Bund
 - .. Land
 - .. Netzwerke und Servicestellen der jeweiligen Förderprogramme
 - .. verschiedene Ressorts / Abteilungen in der Kommune
 - .. verschiedene beteiligte Träger
 - .. jeweilige berufsspezifische Netzwerke
 - Höhere Sichtbarkeit und mehr Aufmerksamkeit für die Programmgebiete, sodass diese bei Verteilungskonkurrenzen innerhalb der Kommune und politischen Entscheidungen entsprechend ihrer Bedarfe berücksichtigt werden

Daraus ergibt sich insbesondere eine breitere Beteiligung und Partizipation bei der Quartiersentwicklung. Eine ganzheitliche Weiterentwicklung benachteiligter Quartiere kann nur gelingen, wenn die Menschen, deren sozialer Nahraum die Quartiere sind, also insbesondere diejenigen, die dort wohnen, von Beginn an stark in die Entwicklung eingebunden sind und letztendlich durch zielgruppengerechte Ansprache und Information, Mitbestimmung, Entscheidungskompetenz und Selbstorganisation zu „Koproduzenten“ werden (vgl. BBSR 2021).

Durch das Zusammenwirken von Gemeinwesenarbeit und Städtebauförderung ergeben sich diesbezüglich folgende Vorteile:

- Unterschiedliche und vielfältigere Zielgruppen werden durch ein breites Spektrum an Methoden angesprochen und erreicht.
- Die Bedarfe der Menschen werden gehört, ggf. übersetzt und letztendlich umfassender berücksichtigt.
- Insbesondere die Gemeinwesenarbeit stellt sicher, dass beteiligungsunerfahrene Personengruppen partizipieren können und steht parteiisch an ihrer Seite.

Die Förderprogramme ermöglichen so den Zuwendungsempfänger:innen umfassende und neue Erfahrungen mit Beteiligungsverfahren und -prozessen. Diese werden im Optimalfall aus den Fördergebieten auf andere Stadtteile und Prozesse übertragen, sodass sich die Beteiligungskultur verändert und nachhaltige Strukturen einer gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung entstehen können.

Diese Vorteile können sich nur bedingt ergeben und werden in ihrem Potenzial beschränkt, wenn die zur Verfügung stehenden Personalressourcen durch die zwei Förderprogramme in einer Personalstelle zusammengeführt werden und Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement in Personalunion besetzt werden.

WAS SIND GELINGENSAKTOREN FÜR EIN GUTES ZUSAMMENSPIEL?

Das Mehr an Ressourcen muss, um sein volles Potenzial ausschöpfen zu können, synergetisch aufeinander abgestimmt und der Einsatz koordiniert werden. Diese Aushandlungsprozesse bringen auch immer ein gewisses Konfliktpotenzial mit sich, das zu Verzögerungen führen kann.

Ein gutes Zusammenspiel ist aus diesem Grund zentral auf klug aufgebaute Austausch- und Abstimmungsstrukturen angewiesen:

Austausch- und Abstimmungsstrukturen

WER?

- Administrative Steuerung: dezernats- und ämterübergreifende Koordination in Form einer „Lenkungsgruppe“
- Stadtteilnetzwerk: Schaffung eines Träger- und Akteur:innennetzwerks im Quartier (z.B. Stadtteilkonferenz oder Runder Tisch)
- Bürger:innennetzwerk: Aufbau von (Selbst-) Organisation der Quartiersbewohner:innen
- politische Steuerung: Schaffung verbindlicher Beteiligungsgremien für den Dialog zwischen Politik und Bürger:innenschaft (z.B. Stadtteilbeirat)
- Einbindung von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement in alle Runden, als intermediäre bzw. parteiische Instanz

WIE?

- regelmäßig
- auf Augenhöhe
- transparent
- verbindlich
- ggf. schriftlich abgesichert in Form von Verträgen oder Vereinbarungen
- unabhängig von einzelnen Personen
- nachhaltig

Darüber hinaus sind folgende Gelingensfaktoren maßgeblich:

- qualifiziertes Personal auf den entsprechenden Stellen
 - Definitionen von Auftrag, Erwartungen und Grenzen aller Akteur:innen auf allen Ebenen (Land, Kommune, Quartier)
 - klare Definitionen der Rollen und Aufgabenbereiche von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement sowohl vor als auch während der Umsetzung in der Kommunalverwaltung, beim Träger und im Quartier
 - zentrale Akteur:innen in Politik und Verwaltung ordnen sich zu und beteiligen sich aktiv am Entwicklungsprozess
 - ganzheitliches integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept als Voraussetzung und Fahrplan für weitere gemeinsame Stadtteilentwicklung (gemeinsame Ziele entwickeln und verfolgen), das Gemeinwesenarbeit als zentrales Element mitdenkt
- Außerdem haben sich folgende Punkte als förderlich für ein gutes Zusammenwirken ergeben:
- gemeinsam genutztes Quartiersbüro/Anlaufstelle im Quartier
 - Etablierung eines Verfügungsfonds als verzahnendes Element

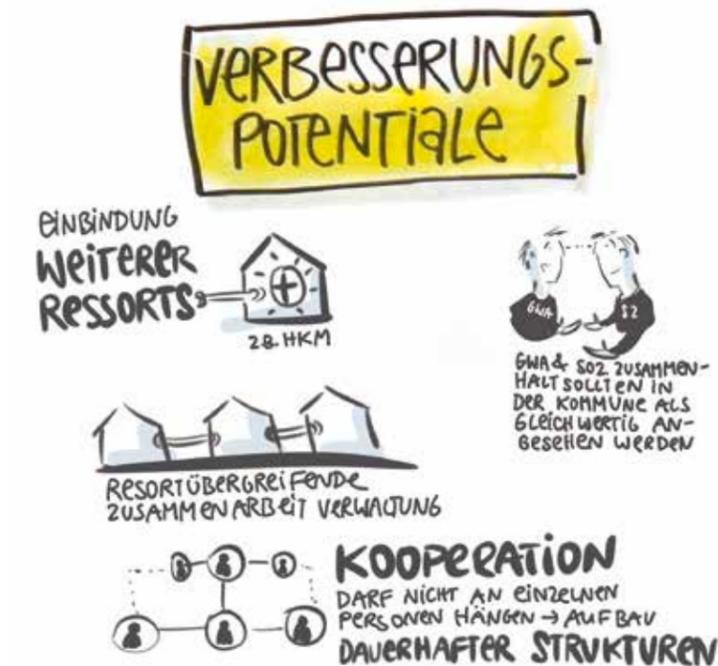
WELCHE VERBESSERUNGSPOTENZIALE GIBT ES FÜR DAS ZUSAMMENWIRKEN?

Das zentrale gemeinsame Ziel ist die ganzheitliche Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen in benachteiligten Quartieren. Die Transferwerkstatt machte deutlich, dass dem synergetischen Hinwirken auf dieses gemeinsame Ziel noch Grenzen gesetzt sind und folgende Verbesserungspotenziale gesehen werden:

- Auf- und Ausbau eines kleinräumigen, indikatorengestützten Sozialraummonitorings, um benachteiligte Quartiere auf einer validen Datenbasis identifizieren zu können und zur Verfügung stehende Mittel zielgerichtet einsetzen zu können
- Verwirklichung der integrierten Strategie
 - weitere Ressorts auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene stärker einbeziehen und verpflichten
 - Transparenz hinsichtlich weiterer Fördermöglichkeiten und schwerpunktmäßiger Mitteleinsatz in benachteiligten Quartieren
- Formulierung von klaren Vorgaben bzw. Hinweisen zum Ausschluss von Doppelförderung durch die Zuwendungsgebenden, um Unsicherheiten und Ängste auf Seiten der Zuwendungsempfänger:innen abzubauen
- Vereinheitlichung des Antragsrechts für (beide) Förderprogramme (z.B. Antragsrecht bei Stadt/Gemeinde oder Landkreis)

Abschließend machte die Transferwerkstatt deutlich, dass alle Akteur:innen die Frage einer langfristigen Unterstützung von Quartieren mit dauerhaftem Unterstützungsbedarf umtreibt. Einige der geförderten Quartiere übernehmen eine wichtige Funktion für die Gesamtkommune sowie für das Land Hessen, indem sie kostengünstigen Wohnraum für einkommensschwächere Haushalte dauerhaft sichern. Damit verbunden sind auch überdurch-

schnittliche Unterstützungsanfordernisse, insbesondere für sozial-integrative Maßnahmen. Diese gehen in der Regel über die bestehenden Regelangebote hinaus, die von Bund, Land, Kommune, Wohlfahrtspflege, lokaler Ökonomie und Zivilgesellschaft gemeinsam gestemmt werden müssen. Hier helfen keine Verantwortungszu- und abweisungen, sondern ein Bekennen zur gemeinsamen Aufgabe und der Schulterchluss, um diese zu bewältigen.



Literatur und Quellen

Alisch, Monika / Ritter, Martina / Hille, Catharina / Hufeisen, Jonas / Mamajanyan, Tatevik (2022): Zur Gestaltung des Zusammenlebens in der Migrationsgesellschaft – Spannungsfelder, Differenzverfahren und das Potenzial des Gemeinsamen. In: Baier, Florian et al. (Hrsg.): Europäische Gesellschaft(en) zwischen Kohäsion und Spaltung. Rolle, Herausforderungen und Perspektiven Soziale Arbeit, Opladen et al.: Verlag Barbara Budrich.

Altena, Heinz (2001): Welches Schweinderl hätten Sie gern? Online unter: <https://www.stadtteilarbeit.de/theorie-der-stadtteilarbeit/verbindendes-trennendes/welches-schweinderl-haetten-sie-gern> [Letzter Zugriff: 08.08.2022].

Becker, Heidede / Löhr, Rolf-Peter (2002): „Soziale Stadt“. Ein Programm gegen die sozialräumliche Spaltung in den Städten. Online unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/25700/soziale-stadt/#footnote-target-2> [Letzter Zugriff: 08.08.2022].

Bourdieu, Pierre (1992): Die verborgenen Mechanismen der Macht: In: Steinrück, M. (Hrsg.): Schriften zu Politik & Kultur, Hamburg: VSA-Verlag.

Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V. (Hrsg.) (2009): Zivilgesellschaftliche Netzwerke in der Sozialen Stadt stärken! Berliner Memorandum, 1. Auflage, Hannover. Online unter: https://www.location3.de/wp-content/uploads/potz_bag_memorandum_brosch_2009_12_07.pdf [Letzter Zugriff: 08.08.2022].

Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V. / Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V. / Landearbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. / Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V. (2016): Arbeitspapier Gemeinwesenarbeit, Fassung vom 16.06.2016. Online unter: https://www.lag-nds.de/system/files/dateianhaenge/qualitaets-standards_der_gwa_-_arbeits-hilfe_-_fassung_16.06.2016_0.pdf [Letzter Zugriff: 06.06.2022].

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2020): Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadt: Entwicklungspotenziale zwischen Daseinsvorsorge, Städtebauförderung und Sozialer Arbeit, Berlin. Online unter: https://www.staedtebaufoerderung.info/SharedDocs/downloads/DE/Forschung/SozialerZusammenhalt/GWA_in_der_sozialen_Stadt_Endbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [Letzter Zugriff: 08.08.2022].

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2021): Stadt gemeinsam gestalten! Neue Modelle der Koproduktion im Quartier, Bonn. Online unter: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2021/stadt-gemeinsam-gestalten-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [Letzter Zugriff: 10.08.2022].

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (Hrsg.) (2016): Nachbarschaften stärken, Miteinander im Quartier. Ressortübergreifende Strategie Soziale Stadt, Berlin. Online unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/bauen/wohnen/soziale-stadt-strategie.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [Letzter Zugriff: 08.08.2022].

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (Hrsg.) (2018): Programmstrategie Soziale Stadt, Berlin. Online unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/bauen/wohnen/programmstrategie-soziale-stadt.pdf?__blob=publicationFile&v=2#:~:text=Programmstrategie%20Soziale%20Stadt.%20Die%20Soziale%20Stadt%20wurde%201999,Zusammenhalts%20in%20benachteiligten%20Stadt-%20und%20Ortsteilen%20zu%20unterst%C3%BCtzen. [Letzter Zugriff: 09.08.2022].

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (Hrsg.) (2019): 20 Jahre integrierte Quartiersentwicklung. Die Soziale Stadt, 1. Auflage, Berlin. Online unter: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/ministerien/bmi/verschiedene-themen/2019/20-jahre->

soziale-stadt-dl.pdf;jsessionid=9282B6B5A8DC3D8B85525CC654222A0.live11293?__blob=publicationFile&v=1 [Letzter Zugriff: 08.08.2022].

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (Hrsg.) (2021): Sozialer Zusammenhalt. Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten, Berlin. Online unter: https://www.staedtebaufoerderung.info/SharedDocs/downloads/DE/Programme/SozialerZusammenhalt/Flyer_SozialerZusammenhalt_2021.pdf?__blob=publicationFile&v=4 [Letzter Zugriff: 08.08.2022]. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (Hrsg.) (2016): Quartiersmanagement Soziale Stadt. Eine Arbeitshilfe für die Umsetzung vor Ort, 1. Auflage, Berlin. Online unter: https://bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/bauen/wohnen/soziale-stadt-quartiersmanagement.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [Letzter Zugriff: 08.08.2022].

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) (Hrsg.) (ohne Jahr): Projektseite „Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadt – Entwicklungspotenziale zwischen Daseinsvorsorge, Städtebauförderung und Sozialer Arbeit“. Online unter: https://www.staedtebaufoerderung.info/DE/Forschung/SozialerZusammenhalt/Gemeinwesenarbeit/gemeinwesenarbeit_node.html [Letzter Zugriff: 08.08.2022]. Coleman, James. S. (1990): Foundations of Social Theory. Harvard: Belknap Press of Harvard University Press.

Döhne, Hans-Jochen / Walter, Kurt (1999): Aufgaben und Chancen einer neuen Stadtentwicklungspolitik. Ziele und Konzepte des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“. In: BundesBauBlatt, Heft 5/1999, S. 24–29.

Fehren, Oliver (2017): Gemeinwesenarbeit und Sozialraumorientierung – ein ambivalentes Verhältnis. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, Heft 4/2017, S. 185–188.

Halder, Valentin (2011): Die These vom „Tod der Gemeinwesenarbeit“. In: Sozial Extra, Heft 35/2011.

Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (HMSI) (2019): Richtlinie zur Förderung von Gemeinwesenarbeit in Stadtteilen/Quartieren mit besonderen sozialen und integrationspolitischen Herausforderungen. In: Staatsanzeiger für das Land Hessen, 2. Dezember 2019, S. 1245–1248. Online unter: https://usercontent.one/wp/www.gemeinwesenarbeit-hessen.de/wp-content/uploads/F%C3%B6rderrichtlinie-Gemeinwesenarbeit-StAnz-02.12.2019_Nr.-49_S.-1245ff..pdf

Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUKLV) (Hrsg.) (2017): Die soziale Stadt in Hessen. Ein Programm der Städtebauförderung, Wiesbaden. Online unter: https://redaktion.hessen-agentur.de/publication/2019/broschuere_soziale_stadt_2017.pdf [Letzter Zugriff: 08.08.2022].

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (HMWVL) (Hrsg.) (2000): Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt. Online unter: <https://nachhaltige-stadtentwicklung-hessen.de/files/hegiss-leitlinien.pdf> [Letzter Zugriff: 08.08.2022].

Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Soziale Brennpunkte Hessen e. V. (2019): Qualitätsstandards der Gemeinwesenarbeit in Hessen, Frankfurt. Online unter: https://usercontent.one/wp/www.gemeinwesenarbeit-hessen.de/wp-content/uploads/Broschuere_web-1. [Letzter Zugriff: 01.07.2022].

Otto, Hans-Uwe / Ziegler, Holger (2008): Sozialraum und sozialer Ausschluss: Die analytische Ordnung neo-sozialer Integrationsrationalitäten in der Sozialer Arbeit. In: Anhorn, Roland / Bettinger, Frank / Stehr, Johannes (Hrsg.): Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 128–160.

Putnam, Robert. D. (Hrsg.) (2011): Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich, Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.

Riede, Milena / Dölker, Frank (Hrsg.) (2019): Gemeinwesenarbeit und lokale Demokratie. In: mitarbeiten.skript, Heft 13/2019, Bonn: Stiftung Mitarbeit.

Servicestelle HEGISS (2019): Leitfaden zum Quartiersmanagement in der Sozialen Stadt. Eine Arbeitshilfe, Wiesbaden. Online unter: https://nachhaltige-stadtentwicklung-hessen.de/media/leitfaden_qm_29042019.pdf [Letzter Zugriff: 09.08.2022].

Stövesand, Sabine. (2019): Gemeinwesenarbeit. In: socialnet Lexikon, Bonn. Online unter: www.socialnet.de/lexikon/Gemeinwesenarbeit [Letzter Zugriff: 01.07.2022].

Treibel, Annette (2015): Integriert Euch! Ein Plädoyer für ein selbstbewusstes Einwanderungsland, Frankfurt/New York: Campus.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Servicestelle Gemeinwesenarbeit und Zentrum Nachhaltige Stadtentwicklung in Hessen - Sozialer Zusammenhalt c/o Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. Münchener Straße 48, 60329 Frankfurt Tel.: 069/257828-0 Fax: 069/257828-55 geschaeftsstelle@lagsbh.de www.lagsbh.de

Vorstand Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V.: Jürgen Eufinger (1. Vorsitzender), Edda Haack (2. Vorsitzende), Dirk Scheele (Kassierer)

Redaktion:

Mirjam Roth, Lara Line Schüller, Fabienne Weihrauch

Zeichnungen und Layout:

Christa Fajen, www.christafajen.com Anja Tränkel, www.booxdesign.com

Auflage: 250 Exemplare

Stand: Oktober 2022

ANMERKUNGEN ZUR VERWENDUNG

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Hessischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch Wahlbewerberinnen und -bewerbern oder Wahlhelferinnen und -helfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Europa- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich sind insbesondere eine Verteilung dieser Druckschrift auf Wahlveranstaltungen oder an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.



Gemeinwesenarbeit
Gefördert vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration



Ermöglicht durch das
Sozialbudget